Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Zilge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 163. **Halle, Donnerstag den 18. Juli 1918.** **2. Jahrgang.**

Ein Jahr Friedensbereitschaft.

Es ist jetzt gerade ein Jahr vergangen, seitdem der deutsche Reichstag die bekannte Friedensresolution beschlossen hat. Mit überwältigender Mehrheit — 214 : 116 Stimmen — bekundete damit der Reichstag in Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke seine Bereitschaft zu einem Frieden ohne Vergewaltigung anderer Völker. Die russische Formel: ohne Annektionen und Entschädigungen, sowie Selbstbestimmungsrecht der Völker war vom Deutschen Reichstag als geeignete Grundlage für die Friedensverhandlungen gebilligt worden.

Wenn es in der Ueberschrift heißt: ein Jahr Friedensbereitschaft, so soll und kann damit durchaus nicht gesagt sein, daß Deutschland vor dieser Zeit zum Frieden nicht bereit gewesen wäre. Schon in der Erklärung vom 4. August 1914 suchte die deutsche Sozialdemokratie den Weg zu einem baldigen Frieden. Aber auch die deutsche Regierung hat es an Versuchen, eine Verständigung mit dem Feinde zu finden, nicht fehlen lassen. Neben den verschiedenen Kanzlerreden, die, wenn nur der Wille dazu vorhanden gewesen wäre, den Gegnern genügend Anknüpfungspunkte geboten hätten, sei nur an die Kundgebung vom 12. Dezember 1916 erinnert. Damals wurden von den verbündeten Zentralmächten den Gegnern in bündigster Form Friedensverhandlungen angeboten, auf einer Grundlage, die Dasein und Entwicklungsfreiheit aller Völker sichern, eine Zerschmetterung und Vernichtung keines Landes bringen sollte. In der Note an den Papst kam die gleiche Bereitschaft zum Verhandeln zum Ausdruck. Die Gegner lehnten ab. Sie forderten Bestrafung der „deutschen Barbaren"; Genugtuung für begangene „Verbrechen", erklärten das Angebot nicht für aufrichtig, sondern als einen Versuch, die Entente zu entzweien. In der Folgezeit [illegible] weitere Friedensangebot von deutscher Seite redeten die Wortführer der Alliierten, die Lloyd George, Briand, Viviani, Sonnino usw. ihren Völkern ein, daß Deutschland nahe am wirtschaftlichen Zusammenbruch sei. Damit ist es ihnen leider immer wieder gelungen, die Kriegsmüdigkeit ihrer eigenen Völker zu verscheuchen.

Einen besonderen Trumpf versuchten die führenden Staatsmänner mit dem Hinweis auf das „autokratische Regiment" in Deutschland auszuspielen. Und die zögernde Haltung der preußischen Regierung in der Frage des Wahlrechts bot ihnen hierzu die willkommenen Scheingründe. Erst müsse in Deutschland das demokratische Prinzip errichtet sein, nach dem Muster der „Demokratien des Westens" regiert werden, ehe man Vertrauen fassen könne. Nun, die Ereignisse des Juli 1917 brachten in Deutschland eine so starke Welle demokratischer Kraft, wie sie in der ganzen Kriegszeit in keinem der Ententeländer beobachtet werden konnte. Während der Sommertagung des Reichstags spitzte sich der Konflikt zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit in rascher Folge zu. Der Reichstag forderte und erhielt bindende Zusagen über die Durchführung der Wahlreform, Heeresverwaltung und Regierung unterhandelten mit den Parteiführern über die äußere Politik. Bethmann Hollwegs Sturz, mochte man ihn gutheißen oder bedauern, war das Ergebnis parlamentarischen Mißtrauens, nicht etwa eine Folge höfischen Mißfallens. Der neue Kanzler hatte sich vor seinem Amtsantritt auf das Programm der Mehrheit zu verpflichten. Es war also über jeden Zweifel erhoben, daß der Reichstag hinter der Friedensresolution stehe und daß er auch die Kraft habe, die **Durchführung seines Programms** zu erzwingen. Versagte die Entente der deutschen Regierung ihr Vertrauen, glaubte sie mit den Hohenzollern einen Frieden nicht eingehen zu dürfen, stellte sie sich bisher so, als ob sie an eine „Falle des Kaisers glaube, jetzt war kein Ausweichen mehr möglich. Größere Garantien für die Aufrichtigkeit eines Angebots konnten schlechterdings nicht gefordert werden und nicht gegeben werden. Die ganze friedensfreudige Bewegung in Deutschland ließ zudem auf das Deutlichste erkennen, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes **ehrlich und aufrichtig einen dauernden Frieden ohne Vergewaltigung der Gegner wolle.**

Daran ändert auch nichts das nunmehr einsetzende wütende Kriegsgeschrei der Vaterlandspartei. Die Staatsmänner der Ententestaaten wissen sehr genau, daß hinter dieser kleinen, aber rührigen Schicht der Heimkrieger nicht die allein verantwortliche Regierung steht. Jedes Land hat seine Vaterlandsparteiler und Gewaltpolitiker, die in gänzlicher Verkennung zukünftiger Entwicklung nur in der Vernichtung des Gegners eine Gewähr für dauernden Frieden sehen.

Trotzdem. Auch dieses feierliche Bekenntnis der Volksvertretung zum Frieden fand im gegnerischen Lager nicht das geringste Entgegenkommen. Frankreich erklärte durch den Mund Ribots zum soundsovieltenmal, daß es bis zum „vollen Sieg" weiterkämpfen werde. Und die russischen Enthüllungen brachten an das helle Tageslicht, daß die Franzosen sich nicht auf die „Desannektion" von Elsaß-Lothringen beschränken wollten, sondern daß ihre Beutegier sich auf das **ganze linke** Rheinufer erstreckt. Auch in England blieb bis auf wenige Stimmen der Kriegswille bestehen. Und so versank auch die Hoffnung, die die kriegsmüde Menschheit auf Stockholm gesetzt hatte. Auf deutscher Seite blieb sonach auch nichts anderes übrig, als ferner das Schwert entscheiden zu lassen und der Regierung die Mittel hierzu auch weiter zu bewilligen. Solange die Entente auf dem nationalen Machtstandpunkt bestehen bleibt, ist auch Deutschland zu Gleichem gezwungen; es wäre Selbstmord, der Regierung in die Arme zu fallen.

Die Aera Michaelis — so kläglich sie für den Träger selbst verlief — zeigte in fast noch höherem Maße die Kraft der parlamentarischen Mehrheit. Michaelis mußte abtreten, weil er nicht mehr die Unterstützung der Mehrheit finden konnte. Ihm folgte Hertling, der sein Amt nicht ohne vorherige Verständigung mit den Mehrheitsparteien übernahm. Mit ihm kam Payer als Vizekanzler und in Preußen Dr. Friedberg und Drews als Wohlrechtsminister. Alle diese politischen Ereignisse genügten aber der Entente nicht, die deutsche Regierung als verhandlungsfähig und vertrauenswürdig anzuerkennen.

Die November-Revolution in Rußland brachte an Stelle Kerenskis die Bolschewiki zur Macht, die ernstlich den Frieden anstrebten. Deutscherseits wurde die russische Formel als maßgebendes Prinzip für die Friedensverhandlungen anerkannt. Freilich begingen die Bolschewiki den Fehler, ihre Hoffnung auf die Revolution in Deutschland zu setzen, worin sie zum Teil durch die Phrasen der Unabhängigen bestärkt worden sind. So kam es zu einem Frieden, der nicht in allen Teilen unseren Wünschen entspricht. Dieser wäre sicherlich auch für Rußland befriedigender ausgefallen, wenn die Entente dem Rufe „An Alle" gefolgt wäre und sich mit ihren bisherigen Verbündeten an den Konferenztisch gesetzt hätte. Auch dieser letzte „psychologische Moment" wurde verpaßt. Mit dem Frieden ist in Rußland die Revolution noch nicht beendet. Es gärt und brodelt in allen Teilen Rußlands, und verschiedene Mächtegruppen ringen um die Oberherrschaft und noch ist nicht abzusehen, wie weit die Auflösung des russischen Reiches vorschreiten wird. Diesen Zustand benutzen die Gegner, um neue Kriegsherde im Osten unserer Grenzen zu errichten.

Mittlerweile ist die deutsche Regierung von der deutschen Sozialdemokratie und der Reichstagsmehrheit auf der Bahn der Friedensbereitschaft immer weiter getrieben worden, bis jetzt der Reichskanzler die Erklärung abgegeben hat, daß wir Belgien in keiner Form behalten wollen. Die bisher vorliegenden Stimmen aus den Ententeländern lassen nicht erkennen, daß des Kanzlers Worte auf mehr Entgegenkommen zu hoffen hätten, als frühere Kundgebungen solcher Friedensbereitschaft. So bleibt abermals nichts anderes als der Appell an die Waffengewalt. Deutschland will **den ehrenvollen Frieden für alle.** Es wollte ihn im Juli 1917, will ihn im Juli 1918. Die Gegner lehnen ihn ab, und so wird das fünfte Kriegsjahr beginnen, ohne daß wir berechtigte Hoffnungen auf baldigen Frieden haben dürften. **Die Verantwortung fällt auf die Gegenseite.**

Britanniens asiatischer Degen.

Von Fritz Kummer.

Das allgemach langweilig gewordene Gänseblümchenspiel: wind Japan auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingreifen? ist nun abgelöst worden von einem allgemeinen Rätselraten: soll Japan in Sibirien intervenieren? In diesem Spiel beteiligt sich die gesamte Ententepresse, am eifrigsten und hoffnungsfreudigsten die französische.

Die Franzosen, die „Retter der Zivilisation", bleiben sich auch diesmal treu. Sie sind auch jetzt noch mit unverminderten Feuer zum Retten bereit, wo die gallische Phantasie eine Rettung für nötig glaubt. Vom Journal des Debats bis zur Humanite, von Pichon bis zu Cachin wird Japans Eingreifen zur „Rettung" Rußlands eifrig befürwortet. Dieses hehre Werk zu vollbringen, hatten sie den asiatischen Barbarenstaat von gestern am besten geeignet. In ihrem Eifer vergessen sie ganz, sich zu fragen, ob denn das russische Volk überhaupt nach einer solchen Rettung verlangt und dann, wie sich denn eigentlich der kleine braune Mann zu der ihm großmütig zugeteilten Aufgabe stellt, zwei Fragen, die, wie man vermeinen sollte, doch keine Nebensächlichkeiten sind.

Ernster schon und mit bedeutend weniger Herzfröhlichkeit betrachtet die Londoner Presse die Sache. Gewiß läßt auch sie es nicht an Befürwortung fehlen, jedoch auch nicht an leisen Warnungen oder deutlichen Hinweisen auf die möglichen verhängnisvollen Wirkungen der japanischen Intervention auf Britanniens Prestige und auf das russische Volk, den immer noch in Rechnung stehenden Verbündeten. Bei diesem Hilferuf an den ostasiatischen Alliierten ist es ihr offenbar ebenso gruselig zumute, wie damals, als von seinem Erscheinen in Europa gesprochen wurde. Mit schlecht verhohlenem Mißbehagen wird der Gang der Dinge im fernen Osten verfolgt. Leicht verständlich. Das durch Brief und Siegel bekräftigte Freundschaftsverhältnis zwischen Japan und England läßt manches zu wünschen übrig. Diese Trübung kommt nicht von ungefähr.

Als das erste Vertragsverhältnis zwischen beiden zustande gekommen war, gab es im Hause John Bulls viel Hoffnungsfreude und Fahnenschwenken. Nun hatte er im fernen Osten einen guten Freund und achtunggebietenden Verbündeten gewonnen: einen Freund, bei dem Habgier auf die britischen Besitzungen im Stillen Ozean füglich nicht erwartet werden durfte. Einen Verbündeten, mit dessen wohlerprobter Säbelhilfe jeder kriegerischen Möglichkeit im fernen Osten getrost entgegengesehen werden konnte. Kurz, Britannien hatte nun, wie in Europa einen Kontinentaldegen, seinen asiatischen Degen glücklich gefunden. Für das imperialistische Streben Britanniens ein Vorteil erster Güte.

Zum Entzücken John Bulls betätigte sich der asiatische Degen bald überaus hervorragend in der Mandschurei an Rußland, Britanniens altem Rivalen. Er richtete den russischen Bär dermaßen auf, daß ihm das Laufen nach Persien und Indien auf lange Zeit vergehen mußte und drehte die gierigen Bärenaugen vom Osten weg, wieder dem Westen zu, wo manches zu schauen und für England noch mehr zu tun in Vorbereitung war. Die russische Politik, der Linie des schwächeren Widerstandes folgend, beschränkte sich nun wieder auf das europäische Betätigungsgebiet, für welches ihr in London schon eine Rolle fertiggestellt worden war.

Daß Japan den mandschurischen Feldzug bewußt nur für seine eigenen Interessen unternommen hatte, muß für selbstverständlich angenommen werden. Denn von einer herrschenden Kaste, die unbeeinflußt von Parlament, Volk und Presse die Staatsgeschicke führt, von diesen selbstbewußten Nachkommen der Daymios (Territorialfürsten) und Samurai (Krieger), die weder von menschenfreundlichen Idealen, noch von parteipolitischen Grundsätzen oder religiösen Bedenken beschwert sind, die sich bei allen ihren Handlungen nur von dem Vorteil ihrer nationalstolzen Kaste, noch mehr von ihrem höchsten Ziel: das größere Japan, leiten läßt, von dieser Kaste ist Förderung fremder Interessen, und seien es solche von Verbündeten, sicher nicht zu erwarten. Das schließt jedoch nicht aus, daß sie bei der Verfolgung ihrer Ziele — mehr ungewollt oder unbewußt — fremde Geschäfte mit besorgen. In welch hohem Maße dies beispielsweise in der Mandschurei für Britannien geschehen ist, das kam der japanischen Regierung richtig erst bei Friedensschluß und später zum Bewußtsein. Je mehr dies erkannt wurde, desto größer wurde der Zorn, daß die Hoffnung des ausgesogenen Landes auf eine Kriegsentschädigung in Portsmouth vereitelt worden war, eine Ueberverteilung, wofür der getreue Verbündete John Bull in nicht geringem Maße mit verantwortlich gemacht wurde. Nach Portsmouth setzte auf japanischer Seite die Erörterung darüber ein, wer denn eigentlich aus dem Vertragsverhältnis den größten Vorteil ziehe, eine Untersuchung, aus der, es ist fast unnötig zu sagen, Britannien als der glücklichere Teil hervorging. Britische Erwägungen kamen, was ebenso verständlich ist, zu einem anderen Ergebnis.

Auf welcher Seite die Behauptung am begründetsten erscheint, mag dahingestellt bleiben. Möge es genügen zu sagen, daß die herrschende Kaste des asiatischen Reiches aus der Erfahrung mit den westlichen Mächten einschließlich ihres „getreuen" Verbündeten ihre eignen Schlüsse zog und ihr Handeln mit noch viel schärferem Bedacht vom japanischen Staatsinteresse leiten ließ, wenn darin eine Steigerung überhaupt noch möglich gewesen sein sollte. Daß das Reich des Mikado Britanniens Vasall, als dessen Degen angesehen werde, daß es die schmähliche Rolle irgendeines gewöhnlichen europäischen Staates spiele, diese Annahme, ob begründet oder nicht, hat den japanischen Nationalstolz, den kann noch steigerungsfähigen, tief verletzt und ihn nach Beseitigung der schiefen Lage oder des falschen Scheins rufen lassen.

Japans Staatsmänner verstehen die Kunst des Wartens. Wenn sie es noch nicht aus ihren religiösen Lehrbüchern — die, nebenbei bemerkt, mit Religion nichts gemein haben —, so hätten sie es aus ihren Erfahrungen mit den östlichen Mächten gelernt, daß das Unglück des Lebens aus Verspätung oder Uebereilung besteht. Zum Uebereilen hatten sie den geringsten Anlaß, denn die Zeit arbeitete prächtig für sie. Wie das schnöde asiatische Auge, noch eher und klarer wie das europäische, erspähte, war die Frage nach Japans prächtiger Gelegenheit nur eine Frage von kurzen Jahren. Noch etwas früher als erwartet kam die lang ersehnte Gelegenheit, der Weltkrieg.

Japan erklärte, als Britanniens Verbündeter, Deutschland den Krieg. John Bulls Züge nahm dem asiatischen Freunde gegenüber wieder freundlichere Formen an. Japan eroberte das deutsche Kiautschau, weniger weil es Deutschland am meisten haßte, sondern um wenigstens den erstbesten der weißen Wettbewerber zu vertreiben. Damit hatte es an einer sehr günstigen Stelle des Festlandes Fuß gefaßt und bedrohte von hier die Interessengebiete der Weststaaten, nicht zum letzten die britischen. Dann besetzte es die deutschen Inseln; schob sich also zwischen die amerikanischen Philippinen und das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180718-11/fragment/page=0001

russische Aufrüstung. Damit hatte es seine Macht im Stillen Weltmeer überaus stark erweitert und bedrohte Amerika wie Britannien gleichzeitig. Mit dieser Machterweiterung, dessen ganze Größe wir Heutigen, wenn auch erst in einigen Jahren werden vollständig ermessen können, war es mit der aktiven Kriegsbeteiligung Japans zu Ende. Ihm folgte nun die diplomatische Offensive — gegen Britannien und dessen Verbündete.

Die Einzelheiten dieser diplomatischen Feldzuges zusammenzuführen, ist nicht gut angängig, gemacht zu noch in vollem Gange ist. Möge es genügen zu sagen, daß Japan, nachdem es eine achtungsgebietende Wehrfallung im Stillen Weltmeer, der Handelsstraße der Zukunft, erreicht, sein Streben darauf richtete, in China, dem reichlichsten Rohstofflager und Warenabsatzgebiet, seinen Einfluß zu sichern, nein, zum ausschlaggebenden zu machen. Wie glücklich es darin gewesen ist, bezeugen die Verträge von 1917 und 1918 mit Amerika, England, Frankreich und Rußland, worin ihm von ersteren verbürgt ist, daß Japan besondere Interessen in China habe, und von den anderen, daß Japan die Führerrolle in China gehört. Doch damit ist der Kriegsgewinn des Mikadoreiches noch lange nicht ganz gemessen.

Wenn immer die Entente nach japanischer Hilfe ruft, kann man ziemlich sicher sein, daß in Tokio eine Rechnung für die treuen Verbündeten bereit ist, für deren Begleichung den getreuen Verbündeten Bezahlung durch die eigene Not gewährt wird, ohne daß es ihnen gelänge, den asiatischen Degen zu engagieren.

Welcher Art auch die Rechnung sein mag, die Tokio auf den Ruf nach Intervention in Sibirien stellen wird, kaum erst die Zukunft zeigen; daß Bescheidenheit keinen Teil an ihr haben wird, kann als sicher gelten. Womit nach keinerlei Gefahr sein soll, daß die Intervention zum Vorteil ihrer französischen und englischen Befürworter durchgeführt werden wird.

An der Rettung Rußlands im Sinne der Entente kann Japan nichts gelegen sein. Von diesem ohnehin ohnmächtigen Nachbar hat es kaum etwas zu befürchten. Um so mehr aber von den getreuen Verbündeten.

Kein Zeichen spricht dafür, daß sich Britanniens asiatischer Degen betätigen wird. Wenn aber doch, dann sicher nicht für Britannien.

Jules Destree in Tokio.

J. K. Wie die London Times berichtet, hat der belgische Sozialist und Gesandte in Petersburg eine Reise nach Japan unternommen, von dort die öffentliche Meinung für eine militärische Intervention in Sibirien zu gewinnen. Das Blatt schreibt:

„In einer von der Zeitung Hoshi Shimbun veranstalteten öffentlichen Versammlung ergriff Destree das Wort und machte einen starken Eindruck auf seine Zuhörer durch seine Erklärung, daß die ordnungsliebenden (!) Elemente Rußlands dringend wünschen, durch eine japanische Intervention gerettet zu werden. Er erzählte, daß eine Abordnung der besitzenden Klassen dem japanischen Generalkonsul Seto die russische Lage auseinandersetzte und ihm erklärte, daß, wenn eine japanische Armee Mittelsibirien besetzte, die wohlhabenden Klassen in Rußland sich überall erheben und die Sowjets abhalten würden. Sollte diesem Wunsche nicht entsprochen werden, dann würden sie Deutschland ersuchen, die Sowjets zu unterdrücken. In diesem Falle würde Rußland allerdings zur Stufe einer deutschen Kolonie herabsinken."

Destree hatte sich also in den Dienst der besitzenden Klassen Rußlands, um die Japaner gegen die Sowjets auszuspielen.

Oesterreichischer Heeresbericht.

Wien, 17. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart.

Südlich von Albaro vermochten zwei englische Kompagnien vorübergehend in unsere Gräben einzudringen. Sie wurden nach heißem Kampf zurückgeworfen. Im Brenta-Tal brachte ein Patrouillenunternehmen 30 Gefangene und zwei Maschinengewehre ein. Die Verluste des Feindes in den letzten Kämpfen auf dem Sobrato erweisen sich als außerordentlich schwer. In schnellem Feuerschlaß wurden über 500 italienische Leichen gezählt.

In Albanien ist die Lage unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg zur See.

wtb. Berlin, 17. Juli. (Amtlich.) Unsere U-Boote versenkten im Sperrgebiet um England 73 000 BRT.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die neuen Kämpfe im Westen.

Der Angriff des 15. Juli hat nach einer offiziösen Darstellung den Franzosen das gesamte erste Stellungssystem in der Champagne, von dem Bergmassiv der Krüppelte und des Hochberges bis in die Gegend von Tahure gekostet. Die Mitteilung war unglücklich. Trotzdem unterdem die französischen Batterien so vollkommen niedergekämpft, daß die deutsche Infanterie mit geringen Verlusten die erste Stellung nahm. Der Widerstand der Franzosen war überall rasch gebrochen. Die französischen Stützpunkte wurden ebenfalls schnell gefaßt. So dicht auf folgten die Deutschen dem Feuer, daß sie die Stollenausgänge besetzten, ehe die Franzosen heraus konnten. Ohne Widerstand zu versuchen, ließen sich Hunderte gefangen nehmen. Bereits am Mittag hatten die Deutschen sich in dem gewonnenen Gelände eingerichtet und sichere Verbindungen nach rückwärts durch das Trichterfeld geschaffen.

Der neue deutsche Sieg an der Marne und in der Champagne wurde am 16. erweitert. Die mit stärksten Kräften und zahlreichen Panzerkraftwagen geführten Gegenangriffe des Feindes keigerten lediglich seine Verluste. Dagegen konnten die Deutschen den Rest des Bois de Condé säubern und hierbei mehrere Geschütze erbeuten und 3 Offiziere, 325 Mann gefangennehmen. Um 2 Uhr nachmittags griff der Feind abermals die deutsche Front südlich der Marne unter Einsatz aller Kampfmittel an. Die Angriffe scheiterten hier wie an der Straße Epernay-Dormans unter außerordentlich hohen Feindverlusten. Auch während der schweren Kämpfe der Nacht wurde der Geländegewinn des 15. behauptet und teilweise erweitert.

Der den Franzosen trotz hartnäckigen Widerstandes abgerungene neue deutsche Brückenkopf südlich der Marne steht in einer Breite von 12 km da und ist mit einem Flächeninhalt von über 70 qkm fest umriffen. Die dem Gegner so unbequeme deutsche Festsetzung an der Marne selbst hat sich hierbei durch die Eroberung des bei Marcatal weithin beherrschenden Hügel im rund acht Kilometer erweitert.

Bei eigenem ausgiebigen Bombenabwurf auf den wichtigen französischen Bahnhof Chalons wurden mehrere Treffer beobachtet und große Brände erkannt.

In einem Schützengraben bei Reneillon wurden neuerdings wieder von deutscher Infanterie Mengen englischer Dum-Dum-Geschosse gefunden, die zum Teil vom gekunteten Typ der mit gepreßtem Papier angefüllten Geschoßspitze sind. Eine andere Art aufgerauhterer Geschosse zeigt eine ähnliche Spitze, an die sich ein Kanal anschließt, der offenbar dazu dient, die durch das Auftreffen hineingepreßte Papiermasse weiter zu zerfetzen. Die Grausamkeit dieser Erfindung zeigt deutlich, mit wieviel Ueberlegung und Phantasie diese ruchlose Technik erbeitet.

Französischer Heeresbericht vom 16. Juli abends. Im Verlaufe des 16. machten die Deutschen, die ihren gestern abend von uns gebrochenen allgemeinen Angriff nicht hatten wieder aufnehmen können, heftige Versuche zur Erweiterung ihrer örtlichen Erfolge. Am Morgen und Nachmittag war die Schlacht besonders südlich der Marne erbittert. Feindliche Streitkräfte versuchten den Flußlauf aufwärts zu gehen, unsere Truppen erstickten das Vorgehen, machten dem Feinde den Boden Schritt um Schritt streitig und stießen ihn auf den Steilrand Reuilly—Courcelles zurück. Unserseits haben wir Gegenangriffe auf der Front St. Agnan—Chapelle—Montfaucon unternommen. Unsere Truppen nahmen zwei Deutschen und hatten ihre Stellungen wieder auf die das Marnetal beherrschenden Höhen. In der Gegend von Bourdonnerie und Clos—Milon, zwischen Marne und Reims haben französische und englische Truppen verschiedene Angriffsversuche abgewiesen und ihre Stellungen gehalten. Deutlich haben die Deutschen heute früh wieder heftige Artillerievorbereitungen eingeleitet, denen an verschiedenen Punkten der Front Angriffe folgten. Ein mächtiger Angriff in der Richtung auf Beaumont an der Vesle hat nicht über Prunay hinaus gelangen können. Im Gruppen-Abschnitt scheiterte in unserem Feuer zwei wütende des Feindes gestützte Angriffe. Nicht weniger heftig war der Kampf in dem gleichzeitig angegriffenen Abschnitt. Ueberall waren seine Angriffe vergeblich und werden seine Sturmtruppen mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Nach den bei den Gefangenen aufgefundenen Befehlen bestätigt es sich, daß der auf der Champagnefront mit 15 Divisionen in erster Linie und 10 Divisionen in der Unterstützungsstellung gestützte Angriff einen Fortschritt von 20 km am ersten Tage zu verwirklichen und die Marne zu erreichen versuchte.

Eine Forderung nach Revision der französischen Kriegsziele.

Das französische Komitee zur Verteidigung des Internationalen Sozialismus in Bern, das sich aus Angehörigen der Minderheit der Confédération Générale de Travail zusammensetzt, veröffentlicht einen Antrag, der dem Kongreß der C. G. T. als Mindestbestimmung zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Der Antrag besagt, daß von der französischen Regierung die Revision der Kriegsziele und die Darlegung der Friedensbedingungen auf Grundlage der Grundsätze der russischen Revolution und Wilsons gefordert werde; ferner soll die französische Regierung sich förmlich verpflichten, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald diese Bedingungen von den Mittelmächten angenommen seien. Die französische Regierung soll auf alle imperialistischen Täuschen verzichten. Die sozialdemokratische Parlamentsgruppe soll in diesem Sinne handeln.

Erschießung Duvals.

Genf, 17. Juli. Wie Havas meldet, ist Duval, der einstige Verwalter des Bonnet Rouge, heute morgen erschossen worden.

Zur Lage in Rußland.

Die Kadetten über Kerenski.

Moskau, 14. Juli. (P. T. A.) Das Zentralorgan der Kadettenpartei-Blätter Unser Jahrhundert (früher Rietsch) schreibt über das Auftreten von Kerenski in Paris: Wenn Kerenski wenigstens Scharfsichtigkeit besäße, so müßte er alle Maßnahmen treffen, um in Vergessenheit zu bleiben. Wenn die russische öffentliche Meinung um etwas ärmer geworden ist, so jedenfalls nicht in ihrer verneinten Haltung gegenüber Kerenski. Fast alle Parteien und Zeitungen jeder Richtung gedenken der Rede von Kerenski mit der größten Mißbilligung und drücken in diesem einzelnen Falle ihre Entrüstung einstimmig aus. Diese Ansicht des Kadettenblattes über die Stimmung der Bourgoispresse zeigt, daß Kerenski keine Anhänger mehr hat, weder in den Volksmassen noch in den Bourgeoiskreisen.

Die Spaltung unter den linken Sozialrevolutionären.

Das Berliner Informations-Bureau der P. T. A. teilt mit:

Die linken sozialrevolutionären Aufständischen sprechen in ihren Aufrufen und Telegrammen, die sie während der zweitägigen Herrschaft durch den Telegraph herausschickten, im Namen aller linken Sozialrevolutionäre. Inzwischen stellt es sich jedoch heraus, daß die Mehrheit der Parteimitglieder gar keine Vorstellung von dem von dem Zentralkomitee vorbereiteten Abenteuer hatte; vielmehr sah, daß die Arbeiter und ärmsten Bauern, die zur Partei der linken S. R. gehörten, als sie von den Aktionen ihrer Führer hörten, sich schroff von ihnen abwandten. Ohne von einzelnen Personen zu sprechen, stellen ganze Fraktionen von Sozialrevolutionären in den Sowjets Anträge an das Präsidium, worin sie sich von jeglicher Solidarität mit der Gruppe von Abenteurern lossagen, die im Zentralkomitee der linken S. R. Partei saßen. Viele von den linken S. R. gehen zur Partei der Kommunisten über. Unter den anderen ist die Frage über die Bildung einer neuen Partei, oder die Umbildung der früheren linken sozialrevolutionären Partei aufgeworfen worden, mit der Absicht, aus der neuen Partei alle Elemente, die sich nur halte Sozialrevolutionäre nennen, in Wirklichkeit sich aber durch nichts von den Rechten unterschieden und für dasselben Nutznießer, die imperialistische Bourgeoisie arbeiteten, zu entfernen. Es gibt eine ganze Reihe von Resolutionen und Erklärungen der linken Sozialrevolutionäre, die der Arbeiterschaft und der Sowjetregierung treu geblieben sind und das Auftreten ihrer Führer brandmarken. Die Erklärungen, die in großer Zahl von allen Enden Rußlands eintreffen, zeigen, daß die Spaltung der linken S. R. eine vollzogene Tatsache geworden ist. Zugleich unterstreichen diese Erklärungen nachdrücklich, daß der Aufstand der linken S. R. von vornherein zum Mißerfolg bestimmt war, weil in der Partei selbst alle rechtschaffenen und der Revolution und der Sowjetregierung wirklich ergebenen Elemente ihr schroff tadelten.

Beendigung des Sowjetkongresses.

Nach Beendigung der Arbeiten wurde der V. Allrussische Sowjet-Kongreß am 10. Juli geschlossen. Der vom Zentral-Exekutiv-Komitee gebilligte Entwurf der Verfassung wurde einstimmig angenommen. (P. T. A.)

Die Verfassung Rußlands.

Auf dem V. Sowjet-Kongreß wurde in der Sitzung vom 10. Juli folgende Resolution angenommen:

Die im Januar 1918 von dem Allrussischen Sowjet-Kongreß bestätigte Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes bildet zusammen mit der von dem V. Sowjet-Kongreß bestätigten Konstitution der Sowjet-Republik das einzige Grundgesetz der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik.

Dieses Grundgesetz tritt in Kraft mit dem Augenblick seiner Veröffentlichung in endgültiger Form in den Nachrichten des Zentral-Exekutiv-Komitees. Es muß von allen örtlichen Organen der Sowjet-Regierung bekannt gemacht werden und in allen Instituten der Sowjets an sichtbarer Stelle ausgehängt werden.

Der V. Kongreß beauftragt das Kommissariat der Volksaufklärung, in allen Schulen und Lehranstalten der Russischen Republik die Hauptelemente dieser Konstitution bekanntzugeben und zu erläutern.

(P. T. A.)

Rußland verweigert die Anerkennung des polnischen Staatsrats.

Stockholm, 17. Juli. (Telunion.) Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin hat dem vom Grafen Mirbach noch empfohlenen Vertreter des polnischen Staatsrats Lebsitz ein Schreiben zukommen lassen, in dem es u. a. wörtlich heißt: „Das Kommissariat bemerkt, daß der Brester Friedensvertrag den polnischen Volksmassen das Selbstbestimmungsrecht nicht gegeben hat. Rußland ist gezwungen worden, die Tatsache der Abtrennung Polens von Rußland hinzunehmen und kann auf keinen Fall den bestehenden sogenannten polnischen Staatsrat, als den Ausdruck des Volkswillens anerkennen, nur deswegen, weil das revolutionäre Rußland dem polnischen Volke das Selbstbestimmungsrecht zuspricht."

Die sich ausbreitende Streikbewegung.

Stockholm, 17. Juli. Der Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt: Die infolge der Verstärkungen, die die Bolschewiken weniger von der Roten Garde als von anderer Seite erhalten haben, keine Aussicht mehr vorhanden ist, die gegenwärtige Regierung durch Waffentaten niederzuwerfen, haben die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki zu einer anderen, viel wirkungsvolleren Waffe gegriffen. Sie veranlaßten nicht nur in Petersburg, sondern auch in Moskau und andern größeren Städten eine große Streikbewegung, die aber nur teilweise gelungen ist, da die Bolschewiken die streikenden Massen mit neuen Kräften, die sie von der Arbeiterbörse holen, sofort ersetzen. Aus diesem Grunde ist auch der Eisenbahnverkehr aufrechtgeblieben. Die streikenden Arbeiter werden sofort verhaftet und erschossen. Vielfach kommt es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den streikenden und den arbeitenden Masse. Die gebildeten und bürgerlichen Kreise halten sich jetzt wie während der ganzen Revolution von diesen Vorgängen fern.

Die monarchistischen Umtriebe in Rußland.

J. K. Stockholmer Sozialdemokraten hat vom Obersten Sergius Cyon, der selbst Mitglied der sozialrevolutionären Partei und über die Ereignisse in Rußland „gut unterrichtet" ist, einige interessante Angaben erhalten, die die Verbindung zwischen Graf Mirbach und den russischen Monarchisten bestätigen sollen. Vor einigen Tagen wurde in Petersburg ein bekannter Bankier Manos erraten. Seine Verhaftung erfolgte auf Befehl der Untersuchungskommission, deren Mehrheit aus Links-Sozialrevolutionären besteht. Bei der Haussuchung seiner Wohnung in Moskau fand man zwei Millionen Rubel, sowie Dokumente, aus denen hervorging, daß er mit Mirbach direkte Verbindungen hatte. Graf Mirbachs Verbindungen mit den Monarchisten waren übrigens Stadtgespräch in Moskau. Es war auch auf seine Veranlassung, daß Demir Jostenkik Krajowsky freigab, den Mörder des bekannten Mitgliedes der ersten Duma Herzenstein — und ebenfalls Polosfsky, der Jolsos ermordete, den Redakteur des „Russki Wiedomosti". Diese beiden bekannten Mitglieder der Schwarzen Hundert begannen sofort, die schwarzen Banden wieder zu organisieren, und die Geldmittel zu diesem Zweck wurden offen von Manos eingesandt. Dieses war von der sozialrevolutionären Linken durch ihre Agenten in der Untersuchungskommission bekannt. Sie kannten auch die Verbindungen zwischen Manos und Mirbach. Oberst Cyon erinnert in diesem Zusammenhang an Aeußerungen in der deutschen Presse nach dem Morde, daß man seit Wochen von Personen in Moskau gewarnt wurde, die behaupteten, daß während der allgemeinen Unruhe auch Vertreter anderer Staaten als Opfer gewisser Anschläge fallen könnten. Es sollte also, meinte Cyon, in Berlin kein Geheimnis gewesen sein, daß das Leben Graf Mirbachs bedroht war. Auch die bolschewistische Regierung mußte dies gewußt haben. Es fragt sich dann, warum denn nichts zu seinem Schutz unternommen wurde. Wünschte man vielleicht, daß das Geschehene geschehen sollte?

Betreffs der Tätigkeit der Monarchisten in Rußland teilte Cyon mit, daß diese sowohl durch Schweden wie durch Frankreich unterstützt würden. In Stockholm hatte sich ein bekannter russischer Bankier auf, der von dort aus die Konspirationen leitet, und an der Spitze der Organisation in Paris stehe Olga Nawitoff, eine persönliche Freundin des Zaren und früher der leitende Geist der Nowoje Wremja. Den russischen Monarchisten in Stockholm glückte es vor einigen Wochen, einen Sohn des Großfürsten Michael aus Rußland herauszuschmuggeln, der durch Schweden an den dänischen Hof geführt wurde, wo er sich jetzt aufhält. Mit diesem Monarchisten stand Graf Mirbach ebenfalls in Verbindung. Er riskierte dadurch viel, er verlor das Spiel und mußte es mit seinem Leben bezahlen.

So Oberst Cyon. Dieser Oberst leidet offenbar an Verfolgungswahn. Bolschewiki, Westmächte und Deutschland sind mit den Anhängern des Zarismus verschworen, und nur die mordenden Sozialrevolutionäre sind echte Demokraten und an der Ermordung des Grafen Mirbach eigentlich ganz unschuldig.

Professor Hans Delbrück zur belgischen Frage.

Der Historiker der Berliner Universität, Prof. Hans Delbrück, gewährte dem Berliner Vertreter des Neuen Wiener Journals, Dr. Ernst Friedegg, eine Unterredung, in der er zunächst seine Befriedigung über die Kanzlerrede von Freitag aussprach und dann weiter ausführte:

„Auch jetzt ist unsere alldeutsche Presse schon an der Arbeit, nach irgendwelchen Hintertüchen zu suchen. Ob es gelingen wird, wieder einen Nebel von Unsicherheit zu erzeugen, wird wesentlich davon abhängen, ob die Regierung selbst das Ihre tun wird, so sehr zu Hertlings Erklärung zu stehen, daß man endlich allenthalben zugestehen muß, es sei an ihr nicht mehr zu rütteln."

Delbrück bedauerte dann, daß die unhaltbare „Hauptpfand".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180718-11/fragment/page=0002

Theorie vom Kanzler wieder herangezogen worden sei und sprach die Befürchtung aus, an sei das böse, Belgien sich ganz selbst zu überlassen, denn Belgien könne sich aus eigenem Interesse zu Kriegsvorbereitungen, die es ebenwohl zum Kriegsschauplatz machen würden, nicht beteiligen. Zu diesem eigenen Interesse Belgiens liege die böse „Garantie". Zur Flamenfrage sagte der Gelehrte:

Am allerwenigsten Sorgen dürfen uns die Flamen machen. Sie sind die Mehrheit im belgischen Volk, und wir haben die Kriegszeit benutzt, sie national selbständig zu machen. Ein wahnsinniges ganz abenteuerliche Gesellschaft und nicht wert, daß man für sie einen Finger krümme, wenn sie sich bei so günstigen Bedingungen nach dem Kriege nicht selbst zu helfen verstanden würden.

Weiter führte Delbrück aus:

Belgien ist nicht bloß eine deutsche Frage und ein deutsches Interesse, sondern ist ein Weltproblem. Selbst Amerika hat, und wir nicht leugnen dürfen, das höchste Interesse daran, daß Belgien unabhängig bleibe. Denn eine auch nur indirekte Herrschaft Deutschlands in Belgien würde Frankreich und England eine Stellung geben, daß man sie nicht mehr als Großmächte betrachten könnte, und das wäre eine Situation, die die Welt nicht ertragen kann. Die menschliche und die rechtliche Frage lasse ich dabei ganz außer Spiel. Der politische Gesichtspunkt, daß es ohne die Unabhängigkeit Belgiens einen dauernden Weltfrieden nicht geben kann, das ist mir das Entscheidende. Und deshalb habe ich seit dem September 1914 unentwegt den Standpunkt vertreten, daß wir Belgien in seiner Integrität und Souveränität wiederherstellen müssen. Ob die Hertlingschen Erklärungen nun die Wirkung haben werden, in den feindlichen Ländern die Friedensparteien vorwärts zu bringen, das wird wesentlich davon abhängen, wie sich jetzt die offiziöse Presse in Deutschland verhält, und ob der neue Staatssekretär Herr v. Hintze eine Gelegenheit wahrnehmen wird, die Erklärungen des Reichskanzlers zu wiederholen und kräftig zu unterstreichen. Daß es deutsche an Elementen nicht fehlt, die für eine deutsche Friedenspolitik aufrechterhalten sind, kann ja nicht dem geringsten Zweifel unterliegen.

Diese Worte des Prof. Delbrück sind eine starke Bekräftigung des sozialdemokratischen Standpunktes zur belgischen Frage.

Ein Ausnahmegesetz in der Schweiz.

Unterm 12. Juli hat der Bundesrat der Schweiz einen Beschluß gefaßt, der den Kantonsregierungen die gesetzliche Grundlage bietet zur Anordnung aller für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erforderlichen Maßnahmen. In unbestimmter Weise, so heißt es in der bundesrätlichen Bekanntmachung des Beschlusses, sind sich in jüngster Zeit in unserem Lande Ausschreitungen gezeigt. Nach den Ruhestörungen in Zürich kam der Krawall in Basel. Kurz darauf erlebte man die Vorgänge in Lugano, und neuerdings hat die Stadt Biel das Schauspiel eines Tumultes, bei dem ebenfalls das Zurückschießen der Regie besorgte. Man kann sich der Ueberzeugung nicht länger verschließen, daß System in diesen Ausschreitungen liegt, daß bei ihrer Veranstaltung planmäßig vorgegangen wird, um der Revolution den Weg zu ebnen. Die nähere Untersuchung wird nur allzu auch den Einfluß des fremden anarchistisch-revolutionären Elementes festzustellen bemüht sein; daß dieses die Hand im Spiele hat, wird mit Grund vermutet. Nun erheischt es die öffentliche Ruhe und Ordnung, erheischt es nunmehr auch das Interesse unserer Neutralität, daß diesem revolutionären Treiben energisch begegnet werde. Unser Staat müßte seine Stellung nach außen bedenklich gefährden, sollte er dieser zerstörenden Bewegung nicht bei jedem Versuch, Umsturz zu stiften, mit den schärfsten Mitteln begegnen.

Eine nähere Prüfung hat ergeben, daß es in einzelnen Kantonen an den nötigen gesetzlichen Bestimmungen zu einem gewaltsamen Einschreiten fehlt. Der vom Bundesrat gefaßte Beschluß ist daher bestimmt, die gesetzliche Grundlage zu schaffen für alle von den Kantonsregierungen zu ergreifenden außerordentlichen Maßnahmen. Der Bundesrat vertraut also in erster Linie auf das zielbewußte Eingreifen der kantonalen Behörden, indem er sie in die Lage versetzt, alles vorkehren zu können, was die jeweilige Situation erheischt. Dabei wird man aber annehmen dürfen, daß im Notfalle die Armeeleitung den Truppenschutz nicht vorenthalten werde. Für ein Eingreifen von Bundes wegen besitzt der Bundesrat die gesetzliche Grundlage.

Nach dem Artikel 1 des Bundesratsbeschlusses werden die Kantonsregierungen befugt, insbesondere öffentliche Versammlungen und Umzüge von einer politischen Genehmigung abhängig zu machen und unter politische Kontrolle zu stellen, Ansammlungen und Zusammenrottungen zu verbieten und solche Veranstaltungen nötigenfalls aufzulösen zu lassen. Neben diesen Maßnahmen können natürlich auch noch andere in Betracht kommen, so zum Beispiel das Verbot der Herausgabe, des Vertriebes, des Anschlagens und Herumtragens von Agitationsschriften, Flugblättern und Plakaten, das Verbot des Waffentragens usw. Der Bundesratsbeschluß spricht schlechthin von „außerordentlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung". Es bleibt also den Kantonsregierungen überlassen, zu entscheiden, was die jeweilige Situation erfordert. Der Artikel 2 bringt die Strafbestimmungen: „Wer den von den Kantonsregierungen, gestützt auf diesen Beschluß, erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt oder zu ihrem Widerhandlungen auffordert, wird, wenn nicht schwerere Strafbestimmungen anzuwenden sind, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldbuße bis zu 5000 Frank bestraft. Beide Strafen können verbunden werden. Gegen Ausländer kann Landesverweisung bis zu zwanzig Jahren ausgesprochen werden." Aus dieser Strafbestimmungen geht zweifellos hervor, daß die tragischen Zuwiderhandlungen nach der Auffassung des Bundesrates als Vergehen und nicht als bloße Polizeiübertretungen bestraft werden sollen.

*

Damit ist das Ausnahmegesetz, wie es im Buche steht, fertig! Und der Ausnahmezustand ist bereits über das Land verhängt. Es braucht nur irgend eine nervös gewordene kantonale Regierung auf den Knopf zu drücken, und die Geschichte klappt. Der Bundesrat hat seine Generalvollmachten gleichsam an die kantonalen Regierungen delegiert und sie mit der Rechtsvollkommenheit ausgestattet, „alles vorkehren zu können, was die jeweilige Situation erheischt". Bisher hinderten sie die Rechte der Demokratie daran. Nun sind sie weder an Verfassung noch Gesetz mehr gebunden. Das Regiment der Willkür und der Rechtslosigkeit ist damit errichtet. Damit hat man die Grundrechte der Demokratie, das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung, ins Herz getroffen! Mit einem Wort: es ist seit dem Bestande der neuen Eidgenossenschaft viel des Bösen und Reaktionären aus dem Bundeshaus gekommen, aber seit dem Jahre 1848, seit vollen siebzig Jahren, nie etwas, das sich diesem Beschluß des Bundesrates an die Seite stellen könnte! Die übrigen weittragenden Beschlüsse richten sich nicht nur gegen diese, sondern gegen die Kampfmittel der Arbeiterbewegung. Versammlungs- und Preßfreiheit schlechthin und setzen ihre Anwendung unter Strafandrohung mit bis zwei Jahren Zuchthaus und 5000 Frank Buße, ihre völlige Ausschaltung aber wird in das Belieben von 25 kantonalen Regierungen gestellt. Damit dürfte nun auch in der Schweiz die Periode der Kriegsreaktion angebrochen sein.

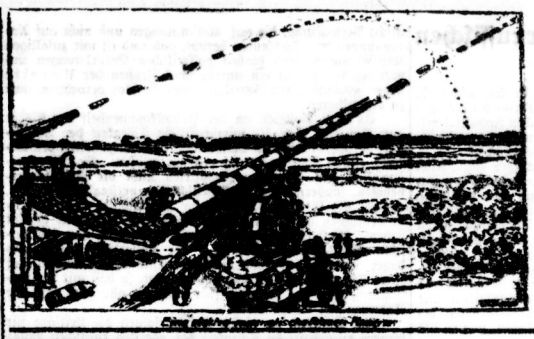
Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Endloser Krieg.

Während die übrige bürgerliche Presse den Brief des sozialdemokratischen Parteivorstandes an Hermann kommentarlos abdruckt, sendet ihn die Vossische mit dieser Bemerkung unter ihre Leser:

„Es ist nicht recht klar, auf welche Weise bei einer solchen Konferenz eine Verständigung erzielt werden soll. Ans Sonnenbend



Deutscher Heeresbericht vom 17. Juli.

wtb. Großes Hauptquartier, 17. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Kampftätigkeit hatte erst in den Abendstunden auf. Im Erkundungsgefechten südwestlich von Ypern machten wir Gefangene. Südwestlich von Hebuterne hat der Feind seine Angriffe ohne Erfolg wiederholt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Oertliche Kämpfe am Cerisier-Grunde und westlich von Chateau-Thierry. Südwestlich von Courtemont scheiterten wir unsere Linien gegen den Turmelin-Abschnitt heraus.

Heftige Gegenangriffe führte der Feind mit starken Kräften gegen unsere Front auf dem Südufer der Marne. Seine Angriffe brachen unter schweren Verlusten, teilweise noch erbitterten Kampf, vor unseren Linien zusammen. Auf dem Nordufer der Marne wurden die Erfolge des ersten Angriffstages erweitert. Nach Abwehr französischer Gegenangriffe stießen wir dem Feinde bis auf die Höhe nördlich von Fontenil nach und kämpften uns durch den Rodenwald und Königswald hindurch. Beiderseits der Ardre warfen wir den Feind auf das Reimser Bergland zwischen Nanteuil und nördlich von Pouron zurück.

Oestlich von Reims ist die Lage unverändert. Wir hielten die feindlichen Linien unter starkem Feuer und verbesserten an der Römerstraße und an der Suippes unsere Stellungen. Nordwestlich von Massiges nahmen wir einige befestigte Höhen.

Die Gefangenenzahl ist auf mehr als 18 000 gestiegen.

Ueber dem Kampffelde wurden gestern von neuem 36 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballons abgeschossen.

Leutnant Mennicke erreng seinen 27. und 28., Leutnant Bäumerhardt seinen 27., Oberleutnant Bäzner seinen 26., Leutnant Wolle seinen 22. und Vizefeldwebel Thon seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

hat der Sprecher der Sozialdemokratie, Abgeordneter Ebert, im Reichstag die Zustimmung zu den Kriegskrediten mit der Tatsache begründet, daß „leider auch die Arbeiterparteien der Entente-Nationen" jede Friedensbereitschaft vermissen lassen. In dem Memorandum der Entente-Sozialisten ist keine Spur davon zu finden, daß in diesen Kreisen den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, vor allem der deutschen Arbeiterschaft, irgendwie Rechnung getragen wird."

Danach scheint es, als ob sich die Vossische auf den ewigen Krieg eingerichtet habe. Ist es denn wirklich so schwer zu begreifen, daß gerade die schlechten Friedensaussichten unsere Anstrengungen, doch einen Frieden zu erreichen, erhöhen müssen? Wir gehen in den nächsten Tagen ins fünfte Kriegsjahr. Es sollte es doch auch der Tante Voß langsam klar werden, daß in der Friedensfrage der Vorwärtsstandpunkt verlassen werden muß. Die Sozialdemokratie hat jedenfalls nur ihre Pflicht getan, wenn sie im Frieden den Krieg zu verhindern versucht hat und wenn sie seit dem Tage des Kriegsausbruches am Friedenswerke tätig ist!

Ein Protest der Vaterlandspartei.

Zu den Erklärungen des Reichskanzlers Grafen Hertling über Belgien versendet die Deutsche Vaterlandspartei folgende Entschließung:

„Die Reichsleitung hat auf parlamentarisches Drängen Erklärungen über die belgische Frage abgegeben. Die Deutsche Vaterlandspartei lehnte es ab, sich an Versuchen zu beteiligen, aus diesen Erklärungen diesen oder jenen Sinn herauszulegen. Für sie ist Belgien nicht nur ein Faustpfand. Zur Sicherung eines dauerhaften Friedens muß wirkliche deutsche Macht in Belgien die Wirtschaft des Landes nor anglo-amerikanischer Ausbeutung, die Flamen vor Französierung, deutsches Land und deutschen Gewerbefleiß vor den Verwüstungen eines zukünftigen Krieges und nicht zuletzt die Meere vor englischer Tyrannei bewahren. Wir wollen keine Annexion! Wir wollen ein freies Flandern und eine wirkliche Sicherstellung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Die Deutsche Vaterlandspartei wird mit verdoppelter Kraft für diese Ziele eintreten und fordert ihre Freunde zu nachdrücklicher Mitarbeit auf."

Daß Graf Hertling bei seinem belgischen Programm nicht auf die Zustimmung der Vaterlandspartei rechnen konnte, war ihm wohl nicht zweifelhaft. Die Vaterlandsparteiler wollen jetzt keine Annexionen mehr, aber sie wollen ein „freies" Flandern unter „wirklicher deutscher Macht". Einige von ihnen fordern aber noch unentwegt die Annexion der flandrischen Küste.

Wie die Junkerpolitik das Reich schädigt!

Die Schiffahrts-Zeitung erinnert daran, daß der große Generalstab seinerzeit in einem Gutachten über den Bau des Mittellandkanals die Tatsache festgestellt habe, daß Deutschland eines Wasserstraßennetzes ermangele, das nach strategischen Gesichtspunkten geschaffen sei, vor allem Dingen fehle die Verbindung zwischen dem Westen und Osten des Reiches, des Rheins mit der Donau, den Rheins mit der Elbe. Ein Vertreter des Generalstabes habe bei der Behandlung der Sache ausgeführt, daß die Militärverwaltung in der Annahme des Mittellandkanals eine Stärkung der Wehrkraft des deutschen Vaterlandes sehe.

Heute, wo sich das Fehlen dieser Wasserverbindungen ganz besonders schmerzlich fühlbar macht, muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es die Patent-Patrioten, die Pächter der Bodenbesitzklasse, die Junker, gewesen sind, die diese Kanalprojekte nicht haben zur Ausführung kommen lassen.

Der Prügelheld von Roggow — begnadigt!

Die Mecklenburgische Volkszeitung teilt mit: „Der Junker v. Oertzen-Roggow, der, wie in aller lebendiger Erinnerung ist, einen Schnitter zu nackt ausziehen ließ, ihn an den Baum band und dann auspeitschte, wurde bekanntlich von der Rostocker Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er wurde begnadigt zu drei Wochen Festungshaft begnadigt."

Wenn man an viele andere denkt, die nicht begnadigt sind, vorkommen einen Gefühle, die zu schildern man besser unterläßt . . . !

Eine amerikanische Riesenkanone.

Es überrascht uns nicht, schon wieder von einer neuen amerikanischen Erfindung zu hören, die diese während des Krieges je alle Augenblicke wie Pilze aus der Erde schießen. Jetzt ist es eine Riesenkanone, mit der die Amerikaner alles bisher Dagewesene übertrumpfen wollen. Nach einer Abbildung im Cyrosser besteht das Geschütz aus einem ungewöhnlich langen Rohr, das monströsen Geschosse von 45 Zentimeter Durchmesser auf die feindlichen Linien feuern kann. Die Kanone wird elektro-magnetisch in Tätigkeit gesetzt und verursacht weder Rauch noch Geräusch. Außerdem hat sie den Vorzug, sich beim Gebrauch nicht abzunutzen. Die Tragweite der Geschosse beträgt 125 Kilometer.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 16. Juli. Der Ministerpräsident hat in Fortsetzung seiner Rede um Annahme des Budgetprovisoriums und der Kriegsanleihevermächtigung und wünschte schließlich nur das eine, daß das Haus allen Zweifeln zum Trotze vollen Beweis der Arbeitsfähigkeit erbringen und sich selbst erhalten möge. (Lebhafter Beifall links; der Ministerpräsident wird beglückwünscht.)

Der tschechische Sozialdemokrat Tusar bemerkte, die Ausführungen des Ministerpräsidenten, der sich heute als deutschnationaler Ministerpräsident vorgestellt habe, seien nur geeignet, neue nationale Kämpfe herzuzerrufen. Der Redner begründete die Verwendungen der tschechischen Fraktion als Niedertrieb. Der deutschnationale Abg. Waldner betonte, der Ministerpräsident sei erst durch das Verhalten der slawischen Parteien zum deutschen Ministerpräsidenten geworden, als bei der sich jetzt in Sätzen befannt habe, wie sie monumentaler und erquickender noch als aus dem Munde eines österreichischen Ministerpräsidenten gekommen sind. In Besprechung der geplanten Verfassungsreform erklärte der Redner, jede Staatsreform werde die Gewähr in sich tragen müssen, daß das deutsch-österreichische Bündnis, welches ein Element des Friedens geworden sei, ewigen Bestand erhalte. Der Christlichsoziale Jerzabek erörterte die deutsch-böhmischen Verhältnisse. Der deutsche Sozialdemokrat Eldenbogen bedauerte das Verhältnis der Monarchie zu Deutschland, wobei er das Ueberwuchern des annexionistischen Fanatismus in Deutschland bedauerte. Die Sozialdemokraten verlangten von der Regierung, daß sie ihren ganzen Einfluß bei der deutschen Reichsleitung dagegen geltend mache. Bezüglich der österreichisch-polnischen Lösung erklärte der Redner, daß die Sozialdemokraten gegen jede Lösung seien, die die Gesetzkünftiger Konflikte in dem Lande hervorrufen könne. Die österreichisch-polnische Lösung berge eine solche Gefahr in sich. Die Sozialdemokraten seien für Einberufung des polnischen demokratischen Parlaments. Redner vertrat die Notwendigkeit der Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat freier Nationen. Die Sozialdemokraten würden gegen das Budget stimmen.

Die Beratungen werden morgen fortgesetzt. —

In den Wandelgängen des Abgeordnetenhauses wird eine vom ehemaligen Ministerpräsidenten Baron Bock ausgehende Aktion, die scheinbar im Herrenhause Anklang findet und darauf gerichtet ist, das Ministerium Seidler zu stürzen und an seine Stelle ein Koalitionsministerium zu setzen, lebhaft erörtert.

Der Rücktritt Seidlers wird für wahrscheinlich gehalten.

Wien, 17. Juli. Die Beschlüsse des Klubs der deutschen Sozialdemokraten, sowohl die Kriegskredite wie das Budgetprovisorium abzulehnen, und das Polenklubs, in seiner Haltung zu verharren, sind für die Weiterentwicklung der parlamentarischen Situation sehr bedeutungsvoll. Auf Grund der Stellungnahme der beiden Parteien dürften bei der Abstimmung über das Budgetprovisorium 210 Abgeordnete dafür und ungefähr 247 Abgeordnete dagegen stimmen.

Rumänien.

Zur Anklage gegen das Kabinett Bratianu.

Bukarest, 17. Juli. Die Kammer wählte gestern einen siebengliedrigen Ausschuß, der alles Materiel zusammentragen soll, das für die Untersuchung der Anklage gegen die Minister des Kabinetts Bratianu in Frage kommt.

Aus aller Welt.

Schwerer Straßenbahnunfall. Berlin, 16. Juli. In der Königgrätzer Straße ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Straßenbahnunfall. Infolge falscher Weichenstellung fuhr ein Wagen der Straßenbahn so heftig auf einen andern Straßenbahnwagen auf, daß die Vorderperrons beider Wagen stark beschädigt wurden. Bei dem Unfall wurden ein Fahrgast getötet und sechs verletzt. Der getötete Fahrgast, ein Oberingenieur Stamer aus Nowawes, war vom Wagen gestürzen und so unglücklich gestürzt, daß er auf der Stelle tot war.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Morgentrank und Würfelsuppen. Von Freitag an auf Marke 210 des Warteneinkaufsscheins 27 jede Person ½ Pfd. Morgentrank zum Preise von 90 Pf. pro Pfund und einen Suppenwürfel für 10 Pf.

Eier. Freitag vormittags 8—12 Uhr: Nr. 17501—19000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 19001—20500 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Stück für 33 Pfennig.

Kaffeeersatz. Freitag, vormittags 8—12 Uhr: Nr. 46001 bis 55000, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 55001—63500 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ¼ Pfund für 3 Mark pro Pfund.

Kirschen. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 43501 bis 46000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 42001—43500 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Pfund gegen Abschnitt 206 des Warenbezugsscheins 17 für 70 Pfennig.

Quark. Freitag auf Abschnitt 10 des Einkaufsscheins über Molkereizeugnisse bei den Milchhändlern Scharfe, Rudolfstraße 8, Brockhaus, Ludwigstraße 28 und in der Verkaufsstelle der Nienberger Molkerei, Beesener Straße 1 (8—12 Uhr). Jede Person ½ Pfund auf die neuen Lebensmittelscheine Nr. 21501—25500.

Magen- oder Buttermilch. Freitag, nachmittags von 2 Uhr an auf Abschnitt 10 des Einkaufsscheins über Molkereizeugnisse bei den Milchhändlern Ende, Dalitscher Straße 10, Schentling, Fossierstraße 38, Schönherr, Grünstr. 12 und in der Verkaufsstelle der Nienberger Molkerei, Martinstr. 11. Jede Person ½ Liter auf Nr. 31001—41000 der neuen Lebensmittelscheine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180718-11/fragment/page=0003

Die Nationalisierung der russischen Industrie.

Für die heutigen Verkehrsverhältnisse ist kennzeichnend, daß das Dekret des obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjet-Republik über die Verstaatlichung der russischen Industrie erst jetzt in Deutschland bekannt wird, obwohl es volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich von größter Bedeutung ist.

Das Dekret ordnet den Uebergang wichtiger Industrien oder der großen und mittleren Unternehmen bedeutender Industrien in Staatseigentum an, begnügt sich aber vorläufig mit der formolrechtlichen Erklärung und läßt die wirtschaftlichen Verhältnisse so, wie sie bisher waren. Die verstaatlichten Unternehmen werden den früheren Besitzern zur **unentgeltlichen Nachtnutzung** überlassen. Sie sollen sie in früherer Weise finanzieren, oder auch **ihre Gewinne wie früher erhalten.** Die verantwortlichen Leiter bürgen strafrechtlich und mit ihrem gesamten Vermögen für die Unversehrtheit und regelmäßige Arbeit der ihnen anvertrauten Unternehmen, beziehen dafür aber den Gehalt in der Höhe weiter, wie es bis zum Augenblick der Nationalisierung der Unternehmen gezahlt worden ist.

Es werden verstaatlicht: alle Eisenbahnen einschließlich der Straßen-, lokalen und Pferdebahnen, alle Unternehmen der Gummiindustrie und im Platin-, Wolfrom-, Silber-, Blei-, Zink- und Asbestbergbau. Die zu verstaatlichenden Unternehmen des Gold- und Salzbergbaus werden namentlich aufgeführt. In allen anderen Industrien beschränkt sich die Verstaatlichungsaktion **auf die Aktiengesellschaften und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung** mit einem bestimmten Kapital, das die Mindestgrenze der durchschnittlichen Betriebsgröße bei den Unternehmungen dieser Industrien darstellt. Nicht verstaatlicht werden die Unternehmen, die den Konsumvereinen, Produktiv- und sonstigen Genossenschaften und deren Verbänden gehören.

Der Inhalt des Dekretes wirkt deshalb sensationell, weil danach der oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjet-Republik lediglich das formelle Eigentumsrecht des Staates an den industriellen Unternehmen festlegt und die Kapitalisten weder in ihren Funktionen, noch in ihrem Gewinne beschränkt hat, während bisher die Annahme in Westeuropa allgemein war, daß die Nationalisierung der russischen Industrie gerade in der völligen Ausschaltung der Kapitalisten bestehe.

Doch würde der Eindruck, daß die Bolschewiki tatsächlich, wenn auch nicht formell, vor der Gewalt des Kapitals kapituliert hätten, sehr in die Irre führen. Das Dekret kann im Gegenteil als ein Beweis dafür gebucht werden, daß sie die organische Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische mit tauglichen Mitteln anstreben, die von den aus den ersten Zeiten der proletarischen Revolution gemeldeten primitiven Entthronungsversuchen der Kapitalisten sehr verschieden sind. Es stellt ein Sicherungsgesetz zur Verhütung der Auflösung oder Verschleuderung bestehender Unternehmen und zum Schutz einer kontinuierlichen Wirtschaft dar. Die große Arbeitslosigkeit, die in Rußland herrscht, beweist klärlich, daß nichts verfehlter als eine impulsive wirtschaftliche Stegreifpolitik und nichts notwendiger, als Ordnung und Planmäßigkeit ist.

Die Bolschewiki führen unter unsäglichen Schwierigkeiten einen doppelten Kampf gegen den natürlichen Widerstand der Kapitalisten und gegen die zusammenhangslosen und naiven Sozialisierungsbestrebungen der wenig aufgeklärten Arbeitermassen. Der oberste Volkswirtschaftsrat weiß sehr wohl, daß die modernen großen Wirtschaftsgebiete eine isolierte Wirtschaft nicht vertragen, sondern die Zusammenfassung aller industriellen und kommerziellen Bestrebungen verlangen und daß der Sozialismus die Anarchie des Kapitalismus nur durch die Planmäßigkeit und Rationalisierung der Produktion überwindet. **Ein unentbehrliches Mittel zu diesem Ziele war die ausschließliche Verwaltung der industriellen Unternehmen durch Arbeiterausschüsse.**

Nicht daß die Arbeiterausschüsse überhaupt nutzlos wären. Sie haben aber mehr Bedeutung für das soziale Leben, indem sie als Berufsvertretungen der Arbeiter und Schlichtungsausschüsse auftreten als für die Leitung der Produktion. Diese muß in den Händen von Ausschüssen liegen, die je nach der Natur des Gewerbes ein größeres oder kleineres Gebiet umfassen oder überhaupt nicht örtlich, sondern nach Industrien abgegrenzt sind und die von Spezialisten beraten oder geleitet werden. Nur so können allgemeine und fachliche Interessen einen Ausgleich finden. Eine solche Politik schließt eine technische Verwaltung, die auf Abstimmungen und nicht auf Anordnungen von Fachleuten beruht, aus und ist mit zufälligen Konfiskationen und bloßen polizeilichen Verordnungen unverträglich. Es ist ein untrügliches Zeichen der Unreife neuer revolutionärer Gewalten, wenn sie bloß verordnen, statt zu organisieren.

Es liegt vielleicht an der Unvollkommenheit der bisher aus Rußland über die wirtschaftliche Tätigkeit der Bolschewiki berichterdringenden Meldungen, daß Einzelheiten des Dekrets einige Verwunderung erregen müssen. So ist es erstaunlich, daß in vielen Industrien **nicht die Privatunternehmen, sondern nur die Gesellschaften verstaatlicht werden,** obwohl die Gesellschaften sich im Durchschnitt dem Privatunternehmen an wirtschaftlicher Stoßkraft überlegen gezeigt haben. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß der russische Kapitalismus vom Auslande importiert wurde und daher die höchsten kapitalistischen Entwicklungsformen auf einer sehr rückständigen Grundlage zeigt, so daß auf mit der Nationalisierung der Gesellschaften praktisch alle oder fast alle Unternehmen erfaßt werden.

Im Anschluß an diesen Artikel folgen die Leitsätze für fernere wirtschaftliche Tätigkeit des obersten russischen Rates für Volkswirtschaft. Sie sind von dem Mitgliede dieser Körperschaft, J. Larin entworfen, der auch der Kommission für die Verhandlungen mit der deutschen Regierung angehört. Sie beweisen, daß der oberste Volkswirtschaftsrat die Beschlagnahme der Industrie nur als eine vorläufige Maßnahme betrachtet, die die eigentliche Sozialisierung vorbereiten soll. Sie zeigen aber auch, mit wie großen konkreten Schwierigkeiten die proletarisch russische Regierung zu kämpfen hat. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die von den Leitsätzen verlangte hohe direkte Besteuerung bisher nicht allgemein, sondern nur in einzelnen wohlhabenden Bezirken gelungen ist, und daß die Versuche, das gehamsterte Bargeld der Bauern hervorzulocken, auf sehr große Erhebungsschwierigkeiten der Steuern deuten. Allein es ist fraglich, ob nicht auch andere, weiter vorgeschrittene Länder nach Kriegsschluß neue Erhebungsformen werden einführen müssen, um die Steuererträge zu erhöhen und Steuerhinterziehungen unmöglich zu machen — eine Möglichkeit, die dadurch besonders wahrscheinlich wird, daß die rapid steigenden Steuersätze zu Steuerdefraudationen besonders verleiten.

Ob die Pläne der russischen Regierung verwirklicht werden, ist sehr schwer vorherzusagen. Die Bolschewiki stehen vor Aufgaben, die schier übermenschliche Anstrengungen erfordern. Die russische Wirtschaft ist ein Chaos, das nur allmählich und unter großen Hemmungen geordnet werden kann. Es ist immerhin ein Zeichen für das Kraftgefühl der Bolschewiki, daß sie an einen planmäßigen Wiederaufbau denken können, ohne von der Anarchie überwältigt zu werden.

Die Leitsätze der Nationalisierung.

1. Die **Nationalisierung der Banken** muß zu einem Abschlusse gelangen durch Verschmelzung aller laufenden Rechnungen jedes einzelnen Unternehmens in den verschiedenen Banken. Unzulässig ist die Gründung ausländischer, z. B. schwedischer und auch anderer Banken in Rußland.

2. Eine **Beteiligung ausländischen Kapitals** an der industriellen Entwicklung des Landes ist in Form von im Auslande gemachten Anleihen zulässig, um dort Maschinen zu bestellen und verschiedene **Hilfsmittel und Materialien** von dort zu beschaffen, welche für die Organisation der eignen Produktion in Rußland notwendig sind. Unzulässig ist es, den ausländischen Kapitalgebern irgendein Recht einzuräumen, über die Zukunft der russischen Volkswirtschaft mitbestimmen zu dürfen, sei es in Form von Aktienbesitz oder Konzessionen. Als Garantie für die Bezahlung fälliger Zinsen kann die teilweise Heranziehung sachmännisch geschulter Spezialisten aus Europa oder Amerika zur Mitarbeit dienen, welche die Produktion auf die gewünschte Höhe bringen; im Notfalle käme sogar die Verpfändung irgendeines Teiles von Kamtschatka in Frage.

3. Die Nationalisierung der russischen Industrie muß mit sicherer Hand weitergeführt werden und muß organisch und planmäßig von Zweig zu Zweig fortschreiten. Die Projekte **gemischter staatlich-kapitalistischer Trusts** müssen **abgelehnt** werden. Die technischen und organisatorischen Hilfskräfte müssen sich dem Rahmen der staatlichen Organisationen der Industrie auf Grund ihrer Nationalisierung einfügen.

4. Die **Abrechnungen** zwischen den industriellen Unternehmungen selbst einerseits und zwischen den letzteren und den staatlichen Institutionen anderseits für Lieferungen von Rohmaterialien, Brennstoffen und Werkzeugen sollen nicht durch Barzahlungen erfolgen, sondern lediglich durch Abschreibungen und Belastungen bei den Bankkonten. Um einen Fonds zu schaffen, von welchem Abschreibungen vorgenommen werden können, sollen allen Unternehmungen im Rahmen des Staatsbudgets Konto eröffnet werden, dagegen werden die Einnahmen zu gunsten des Staates vorgemerkt.

5. Der private Handelsbesitz soll abgebaut und durch kooperative Verwaltungen ersetzt werden, welche in geschäftlichen Beziehungen zum „Hauptkomitee" in jedem der einzelnen Produktionszweige stehen (Haupt- oder Zentralstelle für Zucker, Tee, Seife, Geld, Papier, Salz, Torf, Leder, Textilwaren, Gummi usw.).

6. Um den Warenaustausch zu beschleunigen, Arbeitslosigkeit und nutzlose Lagerauffüllungen zu vermeiden, während das Land der Erzeugnisse bedarf, ist es notwendig, ein **System von Staatsanläufen und Staatsaufträgen einzuführen** (Zentralstelle für Aufträge" oder „Zentralversorgungsstelle"). Diesem System zufolge werden einerseits alle bei den Betrieben vorhandenen und andererseits alle von den Betrieben und Verteilungsämtern zu benötigenden Halbprodukte und Erzeugnisse berechnet und sodann alle durch staatliche Verfügung gedauften oder in Auftrag gegebenen Gegenstände an diejenigen Unternehmungen und Anstalten verkauft, welche mit diesen Gegenständen versorgt werden müssen; dieser Ausgleich vollzieht sich durch telegraphische Verständigung. (Eine große Rolle haben hier die Zentralstellen der einzelnen Industriezweige zu spielen, wie z. B. die Zentralstellen für Papier, Holz usw. Aber teilweise kommen hier auch die volkswerblichen Komitees und die früheren Betriebsausschüsse usw. in Betracht.

7. Die Organisation der Einfuhr aus **dem Auslande** muß auf der Berechnung der absolut notwendigen Quantität von ausländischen Erzeugnissen und Materialien für jeden einzelnen Industriezweig basieren; daher müssen in der zentralen staatlichen Monopolexkaufsstelle Vertreter aller einzelnen Zentralstellen für Leder, Metalle, Papier, Textilwaren usw., und ebenso auch Vertreter der zentralen „Auftrag"stelle" (Zentralversorgungsstelle) vertreten sein. Letztere hat speziell zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit vorliegt, die notwendigen Produkte in Rußland selbst zu beschaffen oder zu erzeugen. In ähnlicher Weise soll auch die Ausfuhr organisiert werden.

8. Der Kampf gegen die Krise einer ungenügenden Produktion soll seinen Ausdruck nicht nur in der Verbesserung der Transporte und der Entwicklung der Selbstdisziplin der Arbeiter usw. finden, sondern auch in der strengen **Beschränkung unproduktiver Ausgaben,** insbesondere mittels Herabsetzung des Heeres auf nicht mehr als 3.000 000 Mann.

9. Es soll eine strenge **Steuerpolitik** gehandhabt werden in Form einer hohen Besteuerung des Vermögens und des Einkommens; eine solche Politik ist schon mit Erfolg angewandt worden, namentlich bei den Großbauern in denjenigen Gouvernements, wo man mit Entschlossenheit in organisierter Weise an die Sache herangetreten ist.

Eine Abstempelung oder der Umtausch auf neue Geldmuster soll ein Mittel in die Hand geben, um die von der Bauernschaft versteckten zirka 15 Milliarden herauszulocken und sie der Besteuerung zuzuführen („Kriegsgewinne"). Von dem System der ungleichen, willkürlichen indirekten Steuern (Akzise) muß Abstand genommen werden, zugleich aber soll ein einheitlicher progressiver Zuschlag zum Selbstkostenpreis von allen Erzeugnissen des nationalisierten Gewerbes zugunsten des Staates eingeführt werden.

10. Es soll eine **Neuverteilung der Arbeitskräfte** im Lande auf Grund einer demokratischen Selbstverwaltung der Arbeiter selbst vorgenommen werden, wobei man von der Einführung einer Arbeitspflicht für die Arbeiter absehen muß, denn sie würde zur Zeit nur zu einer Unterjochung des Proletariats durch die Bauernschaft führen und überhaupt keinen Zweck bei der jetzt herrschenden allgemeinen Arbeitslosigkeit haben. Eine Arbeitspflicht käme nur für Personen in Betracht, welche keine materielle Not zur Arbeit zwingt und welche den früher herrschenden Klassen angehören. Für die Arbeiter muß in bezug auf die Hebung der Arbeitsintensität und der Gewissenhaftigkeit genügend gesorgt werden (Aufbesserung der Ernährungsverhältnisse, prompte Auszahlung des Verdienstes, Entlassung auf Grund von Beschlüssen kameradschaftlicher Arbeitergerichtsinstitutionen für nutzwilliges Verfäumen, Faulheit usw.).

11. Die **Ausherzung der Anarchie aus dem ökonomischen Leben soll durch Schaffung von einheitlichen Zentralstellen** für jedes einzelne Gebiet geschehen, wobei eine eigene wirtschaftliche Politik seitens der einzelnen Ressorts vollkommen beseitigt werden muß (ein Beispiel geben die Mitteilungen über die Erteilung von großen Konzessionen seitens des Kommissariats der Verkehrswege oder die selbständige Finanzierung von industriellen Unternehmungen durch die Militärverwaltung usw.). Im speziellen ist die Ausführung von staatlichen Arbeiten zwecks Hebung der produktiven Kräfte des Landes gemäß einem einheitlichen, bestätigten Arbeitsplane notwendig (ein groß angelegter Schiffsbau in Petrograd, die Electrisierung des Petrograder und Moskauischen Industriezentrums und Eisenbahnnetzes, in allererster Reihe die Melioration von Millionen von Deßjatinen in Großrußland, die Ausführung des Wolga—Don-Kanals, die Erschließung des Urals, die endgültige Herstellung der Westsibirischen und anderer in Bau befindlichen wichtigsten Eisenbahnlinien, die Entwicklung des Kusnezk-Steinkohlenbeckens, Bewässerungsanlagen in Turkestan zwecks Sicherstellung der russischen Textilindustrie — alles in allem für das erste Jahr mehr als 1½ Milliarden).

12. Allmählich soll eine **staatliche Bewirtschaftung des Ackerbaues** eingeführt werden, in erster Reihe durch Organisation von staatlich ausgeführten Aussaaten auf den unbesetzt gebliebenen Feldern der konfiszierten Güter, ebenso durch Nationalisierung der Zuckerplantagen usw.

Bekanntmachung.
Einreichung von Milchkundenlisten.

Auf Grund der Verordnungen über den Verkehr mit Milch vom 30. 1. u. 31. 5. 1918 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Milchhändler, sowie alle Personen welche Milch im Handel abgeben, werden hiermit aufgefordert, auf Grund der jetzt zur Anmeldung kommenden Milchkunden **bis zum 27. Juli** dem Stadternährungsamt Abteilung II **neue Kundenlisten** einzureichen.

Vordrucke sind im Stadternährungsamt, Zimmer 35 zu haben.

Zuwiderhandlungen unterliegen den in Absatz 5 der Verordnung vom 30. 1. 1918 angedrohten Strafen.

Halle, den 17. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Empfehle:
Gummisohlen
für Schuhmacher u. Händler.
Selten günstiges Angebot!
Absätze von 40 Pf. an.
Gummihaus, Große Ulrichstraße 35.

Hosenträger
Gegr. 1853. **F. C. Siebert** Fernruf 2363. 1041
Untere Leipziger Str. 9 gegenüber der Kirche.

Möbel
sind in großer Auswahl vorrätig. Wir haben kompl. Schlafzimmer-, Küchen-, auch ganze Wohnungs-Einrichtungen, ferner einzelne Bettstellen mit Patentrahmen und dreiteiligen Auflegematratzen, Spiegel, Trumeaus, Schreibtische, Sessel etc., Federbetten, Plüschsofas.
Bequeme Zahlungsweise.
Eichmann & Co.,
Größt. Waren- u. Möbel-Kredithaus
Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Weißenfels.
Gasthof Roter Löwe.
Freundliches Familienlokal der Neustadt.
Empfiehlt täglich, auch außer dem Hause, vorzüglich gepflegtes [1377
Oettler-Lagerbier, hell,
sowie Kulmbacher St. Petri, dunkel.

Jetzt neue echte [928
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sukse, Hohenmölsen, Zeitzer Str. 7.

Dauerhafte
Rucksäcke
sehr preiswert. [1296
C. F. Ritter
Leipziger Str. 90.

Schuhe
werden mit Lederflicken und Lederriemen besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 20.

Bad Wittekind.
Freitag, den 19. Juli, nachmittags 3½ Uhr
Kur-Konzert
vom [1376
Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister Karl Möhren. [1363
Eintrittspreise:
Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten sind gültig.

Peißnitz.
Sonnabend, den 20. Juli
8 Uhr abends
Volkskonzert
d. Stadttheater-Orchesters
Eintritt 20 Pf. [1375
Vorverkauf in der Hofmusikalienhdlg. Hr. Hothan.

Der
Wahre Jacob
Nr. 2
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Thalia-Theater.
Sonntag, den 21. Juli, abends 7½ Uhr:
Bunter Abend.
Abschiedsabend
für
Marg. Dorp, Olga Biedermann, Mag Echardt, Ludwig Masson, unter Leitung von **Paul Förster,** ehem. Mitglieder des Stadttheaters.
Die Hasenpfote.
Heiteres und Gesangsvorträge.
Lieder zur Laute.
Kurmärker und Picardie.
Preise wie bei allen Gastspielen des Stadttheaterpersonals. [1374

Alte, abgespielte auch [1046] zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Uhren u. Musikwerke,
untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 10 bis 2, 3 Uhr nachm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180718-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 163. Halle, Donnerstag den 18. Juli 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 18. Juli 1918.

Die Felddiebstähle.

Von Herrn Professor Abderhalden gehen uns die folgenden, sehr beachtenswerten Zeilen zu:

Zahllose Stellen arbeiten auf das eine große Ziel hin, das Durchhalten in dieser schweren Zeit zu ermöglichen. Wir wissen alle, daß dank der unvergleichlichen Taten unserer Soldaten an den Fronten keine Gefahr droht. Unsere Blicke sind auf die innere Geschehen in unserem Lande gerichtet. Vor allem verfolgen wir mit Sorge die Sicherung unserer Ernährung. Jeder einzelne weiß, daß von ihr unsere ganze Zukunft abhängt. Ungezählte Hände regen sich, um dem Boden abzuringen, was er hergeben kann. Die Landwirtschaft hat ganz gewaltige Leistungen vollbracht. Niemand merkt dem Stand der Felder an, daß dem Landwirt die besten Arbeitskräfte fehlen und er Mangel an Gespannen hat. Vielfach haben Frauen an Stelle von Männern die schwerste Arbeit vollbracht. Der Saatenstand ist recht befriedigend, und die Kartoffeln stehen ausgezeichnet, so daß man wieder froh in die Zukunft sehen könnte, wenn sich nicht Tag für Tag ganze Horden auf die Aecker und Felder ergießen würden, um auf unredliche Weise sich Feldfrüchte anzueignen.

Man braucht nur die Umgebung von Halle zu durchstreifen, um Schritt für Schritt Verwüstungen schlimmster Art wahrzunehmen. Prachtvolle Getreidefelder sind an einzelnen Stellen zertreten worden. Ganze Gänge führen weit in die Felder hinein. Spätkartoffeln sind jetzt schon rücksichtslos herausgerissen worden, obwohl die Knollen noch ganz klein und unreif sind. Erbsen werden ebenfalls in großem Maße gestohlen. Kleefelder werden rücksichtslos betreten, und auch dadurch schwer geschädigt, daß in der Hast einzelne Pflanzen mit der Wurzel ausgerissen werden. So kann es unmöglich weitergehen. Wir können nicht die schon so knappe Nahrung der Vernichtung preisgeben. In Halle sind etwa 8000 Selbstversorger. Diese haben gelernt, welch gewaltige Mühe es macht, selbst einen kleinen Acker in Ordnung zu halten. Sie wissen alle, was es bedeutet, wenn Diebe den Erfolg zunichte machen. Sie werden alle verstehen, was der Landwirt fühlen muß, wenn ihm seine Ernte verdorben und gestohlen wird.

Die Ursache für diese Felddiebstähle liegt nur zum allerkleinsten Teil daran, daß Not in der eignen Ernährung vorliegt. In den meisten Fällen ist gemeine Habsucht die Triebfeder. Das gestohlene Gut wird zu hohen Preisen verkauft. Eine große Gefahr liegt vor allem auch in der Ausbreitung der Kleintierzucht. Gewiß wäre es an und für sich sehr wünschenswert, wenn jedermann sich Kaninchen, Schweine und Ziegen halten könnte. Dazu gehört jedoch ausreichend Futter. Es darf nur derjenige Tiere halten, der auch imstande ist, für diese das Futter selbst aufzubringen. Jetzt haben ungezählte Leute Tiere, die darauf angewiesen sind, Tag für Tag sich das Futter dort zu holen, wo sie nicht selbst gesät haben. Dabei wird rücksichtslos alles zusammengetreten. Der Gewinn, den der einzelne hat, ist in Wirklichkeit sehr gering. Er vernichtet zahlreiche wertvolle Nahrungsmittel und gewinnt schließlich mit Mühe und Not ein paar Pfund Fleisch.

Eine andere nicht genug zu rügende Anregung, die Felder zu betreten, liegt darin, daß für allerhand Feld- und Wiesenpflanzen Propaganda gemacht wird. Gewiß kann man Löwenzahn, Schafgarbe und anderes als Salat und Gemüse verzehren. Der Nährwert dieser Pflanzen ist jedoch gering. Diejenigen, die für die Benutzung dieser Pflanzen eintreten, meinen es mit dem Volke sehr gut. Sie übersehen jedoch, einen wie großen Schaden sie der allgemeinen Ernährung zufügen. Um diese Pflanzen zu suchen, werden Felder betreten, und ist es einfacher ein paar Kohlköpfe nach Hause zu tragen, als mühsam die Wildgemüse zusammen zu suchen. Schließlich muß auch Partei ergriffen werden gegen das rücksichtslose und nicht organisierte Sammeln von Kräutern zur Bereitung von duftigem Tee. Viele Sträucher sind jetzt schon schwer geschädigt, Haselnußstauden, Himbeer- und Brombeersträucher usw. ihrer Blätter beraubt worden. Dabei bietet sich Gelegenheit, Felder zu betreten und Felddiebstähle auszuführen.

Die Not ist außerordentlich groß. Der Landwirt ist in seiner ganzen Tätigkeit durch zahlreiche Bestimmungen schwer verärgert. Er ist nicht mehr wie früher sein eigner Herr und arbeitet nicht mehr mit derselben Freudigkeit wie in Friedenszeiten. Er hat aber, wie man sich leicht überzeugen kann, unter den schwersten Verhältnissen seinen Acker bestellt. Wenn er nun noch durch diese Massendiebstähle um den Ertrag seiner Mühe gebracht wird, dann kann man es ihm nicht verdenken, wenn er schließlich den Mut verliert. Das gleiche gilt von den Kleinpächtern, die sich keine Mühe verdrießen lassen, um ihrem Stückchen Land möglichst viel abzuringen. Es war erschütternd, vor einigen Tagen zu sehen, wie ein Kleinpächter beim Betreten seiner Parzelle die Wahrnehmung machen mußte, daß ihm alle Kartoffeln gestohlen worden waren. Der starke Mann weinte wie ein Kind. Man muß doch auch die Arbeit anderer achten, und in dieser schweren Zeit, wo es an Sorge und Leid nicht fehlt, nicht noch durch gemeine Diebstähle das Durchhalten erschweren!

Diese Zeilen sind ein Notschrei. Die Bevölkerung muß aufgerüttelt werden. Das Gewissen ist vielfach in dieser Zeit eingeschlafen. Sucht man bei Felddiebstählen einzuschreiten, dann verhält sich das Publikum meist passiv oder es entschuldigt die Person, die stiehlt. Es beruht dies durchaus nicht etwa auf Bosheit oder darauf, daß die betreffende Person ein Unrecht schützen will, sondern es spielt dabei das Mitleid mit. Die Leute nehmen an, daß der Dieb zu Hause Tiere hat, die er ernähren muß, oder aber selbst Hunger hat. Sie vergessen dabei, daß durch diese Diebstähle großer Schaden gestiftet wird. Wenn der Landwirt seine Kühe nicht genügend ernähren kann, dann liefern sie keine Milch und kein Fleisch, und wenn die Getreidernte geschädigt wird, dann müssen wir das alle mit einer knappen Rotration büßen. Darum müssen sich alle zusammentun, um die große Gefahr, die unserer Ernährung droht, zu bekämpfen.

E. Abderhalden.

---

* **Der Versand von Frühkartoffeln** als Stückgut oder mit Achse darf ohne Mitwirkung der Provinzialkartoffelstelle erfolgen. Infolgedessen hat der Magistrat für den Bereich des Stadtkreises Halle folgende ergänzende Anordnung getroffen: Jeder Händler, der Frühkartoffeln als Stückgut oder mit Achse nach Halle bezieht, ist verpflichtet, die bezogenen Mengen und den Ort, woher die Kartoffeln herrühren, dem Stadternährungsamt, Abt. II, sofort anzuzeigen. Händler dürfen die von ihnen auf die oben angegebene Art bezogenen Kartoffeln nur gegen Kartoffelkarten und nur zu dem jeweils für die städtischen Kartoffeln festgesetzten Höchstpreis an Verbraucher abgeben.

* **Weitere Kleinhandelspreise** hat der Magistrat für folgende Früchte festgesetzt: Pfirsiche, 1. Sorte, 3 M., Pfirsiche, 2. Sorte, 2 M.; Aprikosen, 1. Sorte, 2.25 M., Aprikosen, 2. Sorte, 1.50 M.; Steinpilze 1.50 M., Pfifferlinge 1.50 M., Freiland-Champignons 1.50 M. Die Preise verstehen sich für je ein Pfund.

* **Beschlagnahme von Lederwaren.** Die Reichsstelle für Schuhversorgung erläßt im „Reichsanzeiger" eine schwerwiegende Bekanntmachung über die Beschlagnahme und Enteignung getragener Schuhwaren, Altleders und gebrauchter Waren aus Leder. Der Beschlagnahme, die am 20. Juli in Kraft tritt, verfallen fast alle teilweise oder ganz aus Leder hergestellten Gebrauchsgegenstände, die nicht mehr ihrer Zweckbestimmung gemäß benutzt werden. Die amtliche Bekanntmachung zählt mehr als 40 solcher Gegenstände auf. Es sind da u. a. angeführt: alte Schuhe, Fußbälle, Würfelbecher, Schulmappen und Ranzen, Pferdegeschirre, Schurzfelle, Brieftaschen, Aktenmappen, Gürtel, Riemen aller Art (mit Ausnahme von Treibriemen) usw. Nicht beschlagnahmt werden jene Gegenstände, die sich im Eigentum der Heeresverwaltung oder im Besitze von Personen befinden, die die Schuhversorgung gewerbsmäßig besorgen, ferner die im Haushalt vorhandenen Lederwaren. An den beschlagnahmten Sachen dürfen Veränderungen, insbesondere Ortsveränderungen, nicht vorgenommen werden. Ihre Besitzer müssen sie sorgfältig aufbewahren und behandeln. Insoweit die Ablieferung an die Kommunalverbände bis 30. September 1918 nicht freihändig erfolgt ist, verfallen sie der Enteignung. Auch müssen diese Gegenstände, wenn ihr Gesamtgewicht mindestens 10 Kilo beträgt, bis spätestens 15. Oktober dieses Jahres bei dem zuständigen Kommunalverband angemeldet werden.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Für den Acker am Grünen Weg ist ein Wächter angestellt. Die Kleinpächter werden ersucht, das Wächtergeld im Betrage von 2 M. pro Parzelle auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Str. 21, einzubezahlen. Jeder Kleinpächter ist hierzu verpflichtet. Die Kleinpächter werden dringend aufgefordert, ihrerseits alles zu tun, um die Aecker und Felder des Stadtgutes zu schonen. — Auch für das Land auf dem Beesener Exerzierplatz ist ein Wächter angestellt. Die Kleinpächter von diesem Acker werden ersucht, das Wächtergeld im Betrage von 1.20 M. pro Parzelle an Herrn Schmidt, Wörmlitzer Str. 6, p., so bald als möglich zu bezahlen.

* **Warnung vor Auswanderung in die Ukraine.** Halbamtlich werden die Landwirte vor einer Auswanderung in die Ukraine gewarnt, da die Verhältnisse dort noch nicht genügend gesichert sind. Es wird dringend geraten, vor der Verwirklichung irgendwelcher Auswanderungspläne den Rat der Reichswanderungsstelle, Berlin-Charlottenburg, Werner-Siemens-Straße 27/28, einzuholen.

* **Für das humanistische Gymnasium** erlassen 84 Dozenten unserer Universität folgende Erklärung: „In wesentlicher Uebereinstimmung mit der von 66 Lehrern der Universität Leipzig abgegebenen und von vielen Dozenten anderer deutscher Universitäten öffentlich gebilligten Erklärung sprechen die unterzeichneten Lehrer der Universität Halle es auch als ihre Ueberzeugung aus, daß das humanistische Gymnasium noch jetzt als die beste Vorbildungsstätte für das Studium der von ihnen vertretenen Geisteswissenschaften auf der Universität zu gelten hat. Freilich wünschen wir, daß in Deutschland das humanistische Gymnasium der Gegenwart in nicht geringerem Maße als die Realgymnasien und die Oberrealschulen es sich als Ziel setze, seine Schüler in den Geist der deutschen Sprache, in deute Stilkunst und in die deutsche Nationalliteratur einzuführen. Aber wir sind überzeugt, daß dies auch im Rahmen der bewährten Ueberlieferungen des humanistischen Gymnasiums und ohne wesentliche Verkürzung des altsprachlichen Unterrichts geschehen kann. Alle auf eine Zerstörung oder Wesensänderung des humanistischen Gymnasiums gerichteten Bestrebungen halten wir daher für eine Gefährdung einer unentbehrlichen Grundlage unseres Geisteslebens."

* **Eine Hallische Fürsorgestelle für Wohnungseinrichtungen, G. m. b. H.,** hat sich soeben auf Veranlassung des Magistrats gebildet. Die Stadtgemeinde verbürgt, entsprechend einem von den Stadtverordneten gefaßten Beschluß, den Teilhabern eine Verzinsung von 5 Prozent und stellt der Gesellschaft einen Kredit von 150 000 M. unverzinslich zur Verfügung. Zweck des Unternehmens ist, die Versorgung minderbemittelter Hallischer Einwohner, insbesondere kriegsgetrauter, mit geschmackvollen und preiswerten Möbeln. Die Entwürfe für die Möbel sind bereits fertiggestellt, und die Anfertigung soll nach Herstellung einer Probeausführung sogleich in Auftrag gegeben werden. Den Vorstand bilden Architekt G. Wolff und Tischlermeister Schübe; die Geschäftsstelle befindet sich Alte Promenade 8.

* **Fahrplanänderungen.** Von Donnerstag, den 18. Juli, an fällt der Schnellzug D 3 Halle (ab 2.29 nachm.) — Berlin (an 10.32 nachm.) fort. Dagegen wird der Schnellzug D 207 Frankfurt (Main) — Halle (ab 5.30 vorm.) — Berlin (an 8.15 vorm.) bis auf weiteres neu vorgesehen und der Schnellzug D 8 Berlin (ab 4.24 nachm.) — Halle (an 7.27 nachm.) wieder bis Elsenach gefahren. Außerdem wird vom 18. 7. an bis auf weiteres der Schnellzug D 47 Leipzig (ab 5.20 nachm.) — Bitterfeld (an 5.52 nachm.) mit Durchgangswagen für Berlin neu vorgesehen. Die Wagen gehen in Bitterfeld auf den Schnellzug D 39 über, der zu diesem Zwecke in Bitterfeld Aufenthalt erhält. Die Abfahrt von Bitterfeld erfolgt 6.03 nachm., die Ankunft in Berlin 8.10 nachm.

* **Ueber den provinzialen Arbeitsmarkt im Juni** wird berichtet: Infolge Einziehungen zum Heere steigerte sich die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften aller Art erheblich. Unter anderem machte sich auch im Bäckereigewerbe an Stelle eines gewissen, aus Betriebszusammenlegungen stammenden Ueberangebotes von Arbeitskräften ein Mangel bemerkbar. Auch nach weiblichen Arbeitskräften ist die Nachfrage allerorts groß geblieben. Da ein nennenswertes Ueberangebot nirgends mehr vorhanden war und die Heranziehung von Arbeitslosen aus anderen Verbandsbezirken nur noch in geringem Umfang gelang, mußte an die bisher noch nicht berufstätigen Frauenkreise herangetreten werden. Derartige Versuche in Magdeburg und besonders in Dessau haben ermutigenden Erfolg gehabt. Die gebotene Ausdehnung der Werbetätigkeit ist in die Wege geleitet. Der Mangel an Groß- und Kleinmägden in der Landwirtschaft hielt allenthalben an. Nur ver-

---

Handel und Wandel.

87] Von F. W. Hackländer.

Zu Hause angekommen, öffnete ich jenen Verschlag und unterfuchte mit meinem Licht jeden Winkel — ich fand nichts! Darauf eilte ich auf mein Zimmer und überließ mich einer vollkommenen Verzweiflung; wie oft war ich im Begriff, zu der Prinzipalin zu gehen und ihr meinen Verlust, den ich ja durch Abzüge während einiger Jahre decken konnte, anzugeben; o, hätte ich es nur getan! Wie oft hatte ich die Türklinke in der Hand, und immer hielt mich falsche Scham ab, nur ein Gedanke peinigte mich: das war, die Prinzipalin könnte denken, ich habe heute nacht in dem Taumel des Banketts vom ihrem Gelde Gebrauch gemacht und scheue mich natürlicherweise, dies einzugestehen. So kam die Mittagszeit; ich ging zu Tische und glücklicherweise war Emma, die bei dem Doktor speiste, nicht da. Der gute Herr Block sagte mir, ehe wir ins Speisezimmer traten: „Herr Gott, wie sehen Sie aus!" und ein Blick in den Spiegel überzeugte mich, daß neben den Spuren der vergangenen Nacht auch mein verstörter Seelenzustand deutlich auf meinem Gesicht zu lesen war. Die Prinzipalin sagte sehr ernst: „Ei, ei", und der Herr Specht hielt ein sehr langes Tischgebet und sprach fein: „Führe uns nicht in Versuchung", mit erhobener Stimme.

Nachmittags begann ich mein Suchen nochmals, ging wieder in den Gasthof und fragte Kellner und Hausknecht, ob sie nichts gefunden.

Nirgends eine Spur: jetzt ging ich nach Hause mit dem festen Vorsatz, meinen Verlust zu gestehen. Die Prinzipalin war ausgegangen, und als ich mich auf mein Zimmer begab, ihre Rückkunft erwartend, war es schon spät am Abend; bald fing es an zu dunkeln und ich war etwas ruhiger geworden, denn ich sagte mir, die Geschichte ist ein Unglück, das am Ende jedem vorkommen kann. Ich setzte mich ans Fenster, sah dem Leben und Treiben in dem gegenüberliegenden Gasthofe eine Zeitland zu, und schlief endlich vor Ermattung ein.

Als ich wieder erwachte, waren die Lichter in dem großen Hause drüben ausgelöscht, alles still und finster, und meine Uhr zeigte zu meinem großen Schrecken auf zwölf. So hatte ich denn die Ankunft der Madame Stieglitz verschlafen, und konnte ich jetzt nichts besseres tun, als zu Bette gehen. Vorher aber schrieb ich noch einen langen Brief an den Doktor, worin ich ihm den unglücklichen Vorfall erzählte, ihn um Rat fragte, wie dieser Verlust wohl am besten zu decken sei, und ihn bat, der Prinzipalin ein paar passende Worte darüber zu sagen.

Etwas geröstet schlief ich aufs neue ein und erwachte erst wieder, als es heller Tag war.

39.

Ein Verhör. — Ein Rendezvous.

Ich glaube, ich hätte noch länger geschlafen, doch knarrte meine Tür, der junge Block schlich herein, sich vorsichtig auf dem Gang umsehend, und trat an mein Bett mit einem gänzlich verstörten Angesicht.

„Was haben Sie?" fragte ich erschrocken.

Der junge Mensch warf sich auf einen Stuhl, sah mich mit einem traurigen tränenvollen Blick an und sagte: „Da unten sind schreckliche Geschichten los; gestern abend hat der Herr Specht eine lange Unterredung mit der Prinzipalin gehabt und so geheim, daß sogar Fräulein Emma mich gestern abend spät noch fragte, ob ich nicht wüßte, was er gewollt. Die Prinzipalin kam darauf mit verweinten Augen zum Nachtessen, und alle machten Gesichter zum Davonlaufen. Wenn Sie nur dagewesen wären!"

„Ich war auf meinem Zimmer", sagte ich zum Lehrling.

„O", entgegnete dieser ungläubig, „der Buchhalter hat aber heute morgen gesagt, Sie seien wieder einmal die ganze Nacht nicht nach Hause gekommen."

„Da hat der Buchhalter wieder einmal gelogen", sagte ich ruhig und erhob mich, um mich anzuziehen, doch blieb ich mitten in diesem Geschäft starr wie eine Bildsäule sitzen, als der Herr Block eiligst fortfuhr: „Dann war der Herr Specht heute morgen in aller Frühe bei Schilderer und Söhne, er kam mit sehr vergnügtem Gesicht zurück, legte einige Papiere auf den Tisch, und als er hinausging, am seinen kattunenen Regenschirm im Gang aufzuspannen, schaute ich mir die Papiere an."

„Nun? — —"

„Es war der Brief der Prinzipalin, den Sie vorgestern gesiegelt, worin sie fünfhundert Taler verlangt und dabei der Empfangschein von Ihrer Hand."

„Nun?" wiederholte ich, mich mühsam zusammennehmend, „was nun weiter? Die Sache ist bis so weit ganz in der Ordnung; ich habe, wie Sie wissen, Ihnen zugleich, den Brief selbst hingetragen, das Geld empfangen und darüber quittiert; ist das so etwas Entsetzliches?"

„Durchaus nicht", fagte stockend der junge Mensch, „doch ist der Brief nicht in das Buch der Prinzipalin eingetragen worden." —

„Verflucht! Das habe ich in der Eile vergessen."

„Das Schlimmste aber ist —"

„Und was, und was? — —"

„Die Prinzipalin", sprach Herr Block, sich scheu umsehend und mit leiser Stimme, „die Prinzipalin kam alsdann ins Kontor, sah den Brief an, schüttelte heftig mit dem Kopfe und sagte: „So wahr mir Gott helfe, den Brief habe ich weder geschrieben noch unterschrieben."

„Ah! — —"

„Darauf wurden die beiden meiner ansichtig und gingen hinauf in das Zimmer der Prinzipalin."

Meine Hand zitterte, als ich mich erhob, ich faßte an meine Stirn und etwas Ungeheures, Entsetzliches stieg vor mir auf. „Die Prinzipalin hat den Brief nicht geschrieben", murmelte ich, „wer hat ihn denn geschrieben?" Mein Blick fiel auf den Lehrling, der erschüttert vor mir stand. Vor meinen Augen tanzten die Fenster im wirren Kreise, und ich schnappte mühsam nach Atem, wie man zu tun pflegt, wenn man in ein eiskaltes Wasser hinabsteigt. „Ich danke Ihnen", sagte ich zu dem jungen Menschen, „ich danke Ihnen herzlich, tun Sie mir die Liebe und tragen Sie diesen Brief, sobald Sie können, zum Doktor Burbus; ich ließe ihn bitten herzukommen; dann noch eins: Gehen Sie insgeheim zu Schilderer und Söhne und sagen dem zweiten Kassierer, ich habe das bewußte nicht gefunden, ich ließe ihn um Gottes willen bitten, mir einen Rat zu geben."

Herr Block eilte fort; so oder so, dachte ich, vielleicht hilft mir der Buchhalter mit der Summe aus oder der Doktor Burbus; doch überlegte ich nicht, daß ein schrecklicher Verdacht alsdann auf mir ruhen blieb und die Prinzipalin glauben konnte, ich hätte das Geld entwendet und behalten wollen, wenn ich nicht durch die Umsicht des Buchhalters entdeckt worden wäre; o nein, an so etwas Fürchterliches dachte ich im gegenwärtigen Augenblick nicht. —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180718-11/fragment/page=0005

einzeln gelang es, ihn durch Heranziehung von Arbeitskräften aus der Stadt, namentlich im Kreise Salzwedel, zu mildern. In einzelnen Fällen wurden auch wieder arbeitslose Industriearbeiterinnen mit Erfolg in landwirtschaftliche Betriebe vermittelt. Gegen Ende des Monats hörten die Arbeiten in den Spargelpflanzungen auf. Die dadurch freiwerdenden Arbeitskräfte gingen, soweit sie von außerhalb waren, zum größten Teil in ihre Heimat zurück; einige ließen sich in andere landwirtschaftliche oder Industriestellen vermitteln. Einheimische Arbeiterinnen aus den Spargelpflanzungen im Kreise Gardelegen und Neuhaldensleben gingen z. T. auf Beerensuche. Die Knappheit an städtischen Dienstboten aller Art hielt unvermindert an

* **Die Riebeckschen Montanwerke in Halle** haben bekanntlich 1917/18 wieder einen sehr guten Abschluß gemacht, wie aus den kürzlich von uns darüber veröffentlichten Zahlen hervorging. Nachträglich seien nun noch etliche textliche Mitteilungen des Geschäftsberichtes wiedergegeben, die eine interessante Ergänzung dazu bilden. So heißt es unter anderem: „Der noch immer andauernde Krieg hat die schon bestehenden Erschwerungen im abgelaufenen Geschäftsjahre weiter verschärft. Besonders fühlbar waren der Mangel an Arbeitern, sowie die Schwierigkeiten der Betriebsstoff- und Lebensmittelbeschaffung. Pflichtbewußtsein und Hingabe des uns verbliebenen Beamten- und Arbeiterstammes ermöglichten die Aufrechterhaltung unserer Betriebe. Der im Berichtsjahre erfolgten weiteren Preiserhöhung für einen Teil unserer Erzeugnisse standen weitere Erhöhungen der Löhne und Gehälter, der Preise für Betriebsstoffe, sowie der sonstigen Kriegsaufwendungen gegenüber. Wenn trotzdem das Jahresergebnis wiederum als befriedigend bezeichnet werden kann und gestattet, der Generalversammlung die Ausschüttung eines Gewinnanteiles von 15 Proz. vorzuschlagen, so ist es auf die bereits im vorjährigen Berichte erwähnten, in den letzten Jahren vor dem Kriege unter Aufwendung großer Kosten geschaffenen Neuanlagen und durchgeführten betrieblichen Verbesserungen zurückzuführen. Anderseits haben die Betriebsanlagen durch die außergewöhnliche Inanspruchnahme weiter stark gelitten. Wir haben diesen Umständen dadurch Rechnung getragen, daß wir die Abschreibungen, die wir schon im Vorjahre aus denselben Gründen wesentlich erhöhten, in fast gleicher Höhe wieder vornahmen. Trotz des zeitweise erheblichen Wagenmangels konnte der Versand unserer Kohlenerzeugnisse gegenüber den starken Einschränkungen der ersten Kriegsjahre wieder etwas gesteigert werden. Die Selbstkosten für unsere Kohlenerzeugnisse haben nachgerade eine solche Höhe erreicht, daß die schon zum 1. April d. J. beantragte, von der Regierung aber abgelehnte Erhöhung der Brikettpreise unmehr sofort bewilligt werden muß, wenn nicht der Erlös zu den Selbstkosten in ein arges Mißverhältnis kommen soll. Leider wirken die von der Regierung genehmigten Preise wie Höchstpreise, so daß wir für unsere Erzeugnisse nicht das erhalten, was gegenüber anderen abfallenden Marken gerechtfertigt wäre. Das Kohlensteuergesetz hat eine wesentliche Verteuerung für die Brennstoffverbraucher gebracht. Seine Durchführung hat ergeben, daß das Gesetz zahlreiche Unbilligkeiten in sich birgt, die eine Abänderung als außerordentlich dringlich erscheinen lassen. Ueberall empfinden wir den Druck der Zwangswirtschaft als schweres Hemmnis der gewerblichen Leistungsfähigkeit und des Handels. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Kriegsorganisationen, deren Notwendigkeit in vielen Fällen für die jetzige Zeit ja nicht zu leugnen ist, sobald wie irgend möglich wieder aufgehoben werden. Das gilt besonders von den Erzeugnissen unserer chemischen Abteilung."

* **Von der Strafkammer.** Die Arbeiter Otto G. und Karl J. waren angeklagt und geständig, gemeinschaftlich dem Pferdehändler St., bei dem der erste Angeklagte beschäftigt gewesen war, 3 Kummetgeschirre, 2 Sielengeschirre und eine Pferdedeine gestohlen zu haben; sie waren zu dem Zwecke in das Haus eingestiegen und hatten sich dadurch des schweren Diebstahls schuldig gemacht. Sie versuchten dann, die erbeuteten Sachen zu verstibern, und sollen dabei nach der Anklage die Hilfe der Arbeiter Willi Kpp., Max Krb., Hg. und Ebr. in Anspruch genommen haben, die sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht haben sollten. Das Gericht verurteilte die Angeklagten G. und J. wegen schweren Diebstahls, und zwar G. zu einem Jahre Gefängnis, J. zu drei Monaten Gefängnis abzüglich zweier Monate der erlittenen Untersuchungshaft; auch wurde J., der nur noch einen Monat zu verbüßen hat, sofort aus der Haft entlassen. Während die Angeklagten Hg. und Ebr. von der Anklage der Hehlerei freigesprochen wurden, erhielt wegen Hehlerei Kpp. neun Monate Gefängnis, auf die ein Monat der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurde, Krb. sechs Monate Gefängnis.

* **Gefunden.** In der Zeit vom 1.—15. Juli sind nachstehende Gegenstände gefunden bei der Polizeiverwaltung abgegeben oder angemeldet worden: 7 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Füllfederhalter, 1 Damenuhr im Lederarmband, 1 Leuchtuhr mit Kette, 1 Trauring, gez. E. H. 6. 7. 18, 1 Klemmer, 1 Ordensschnalle mit Orden, 1 Granatarmband, 1 Spaziergtock, 1 schwarze Schürze, 1 Kordbecke, 1 Umschlagetuch, 1 Taschentuch, 1 lederne Pferdedecke, verschiedene Schlüssel. Die Eigentümer werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbüro, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben.

* **Jeldiebstähle.** Wiederum wurden ein Mann beim Rübendiebstahl und zwei jugendliche Personen beim Aehrendiebstahl betroffen. Ihre Namen sind festgestellt.

* **Selbstmordversuch.** Am Dienstag nachmittag sprang oberhalb der Cröllwitzer Brücke ein achtzehnjähriges Mädchen in selbstmörderischer Absicht in die Saale. Es wurde von mehreren Soldaten wieder aus dem Wasser gezogen und nach erfolgreichen Wiederbelebungsversuchen mit dem Krankenwagen der Königlichen Klinik zugeführt.

* **Gestohlen** wurden während der letzten Zeit: ein fast neues, schwarz- und weißkariertes Umschlagetuch; ein grau- und grüngestreiftes Umschlagetuch; ein Kopfkissen mit grüngemustertem Bezug; eine Wäscheplane, 10 Meter lang, 5 Meter breit, mit der Firmenbezeichnung „C. Gräb & Söhne, Halle"; eine Anzahl weiße Bettbezüge, Bettücher, Tischtücher, Servietten und Damenhemden mit Stickerei, zeg. A. B., teils weiß im Monogramm; ein Kostüm aus graukariertem englischen Stoff; ein weißes Cheviotkostüm mit Bluse; ein grünes Sommerkostüm mit weißer Bluse; ein Damenjakett aus schwarzem Kaschmir mit seidenem Futter; ein grauwollenes Kleid; ein Herren-Autopelz mit braunem englischen Robbenstoffbezug und Bisamfutter, vorn an den Aermeln mit Lederbezug; ein Damen-Autopelz mit graumeliertem Bezug und Bisamfutter; ein schwarzer Alaskafuchsstragen mit dazugehörigem Muff; 2 Rockanzüge aus grauem Moltonstoff mit schwarzem Futter; ein Winterüberzieher aus schwarzem Moltonstoff mit seidenem Futter und schwarzem Sammetkragen; ein Sommerüberzieher aus dunkelgraumeliertem Moltonstoff mit schwarzseidenem Futter; ein Anzug, bestehend aus graumeliertem Rock, brauner Weste und grau- und schwarzgestreifter Hose; 2 Fußdäcke aus Schafpelz mit Leder bezogen; zwei Wäscheleinen, je etwa 40 Meter lang; ein Reisekorb aus Weidengeflecht, 75×50 Zentimeter groß; zwei Säcke aus gemustertem Kattun zur Aufnahme von Petzsachen dienend; eine goldene Herren-Taschen-Remontoir-Uhr, 36 gr. Goldgewicht Nr. 262 021, mit goldener Kette, auf deren Gliedern das Wort „Union" eingedrückt ist.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Thaliatheater. Sonntag, den 21. Juli, abends 7½ Uhr, veranstalten mehrere mit Ende der eben abgelaufenen Spielzeit aus dem Verbande des Stadttheaters ausgeschiedene Mitglieder einen einmaligen Bunten Abend als Abschiedsabend. Das Programm ist besonders reichhaltig zusammengestellt, so daß alle Mitwirkenden Gelegenheit haben, sich in dankbaren Aufgaben zu verabschieden. Die Preise sind die bei den Sonntags-Gastspielen des Stadttheaters üblichen. Den Vorverkauf haben Herr Hofmusikalienhändler Hoffan und die Zigarrenhandlungen von Wiesner und Steinbrecher & Jasper übernommen. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat.

Aus der Provinz.

Wasserstraßen-Projekte.

Aus einer von Dr. ing. Rehder in Lübeck verfaßten großen Kanalstudie über das zukünftige mittelbeutsche Kanalnetz zwischen Weser und Elbe mit Anschlüssen an die Donau und Oder und an den Main und Rhein hat Wasserbauingenieur Busemann in Lübeck aus der Fülle der Anregungen und Belehrungen die Hauptgesichtspunkte und die wesentlichsten Vorschläge und Ergebnisse wiedergegeben, da die Rehdersche Schrift der breiten Oeffentlichkeit nicht zugängig ist.

Danach fordert Rehder von einem einheitlichen Kanalnetz, daß es die deutschen Industrie- und die deutschen Natur- und Bodenprodukte auf dem kürzesten und vorteilhaftesten Wege mit den deutschen Weltmärkten verbindet. Er will durch dieses Kanalnetz das innere, durch besondere Bodenschätze oder andere natürliche Umstände so besonders wertlätige Deutschland gewissermaßen näher an die See bringen. Er fordert, daß die neuen Binnengroßschiffahrtsstraßen so anzulegen und auszubauen sind, daß sie auf möglichst gleich langem, zentralem und kürzestem Wege nach allen beteiligten deutschen Seehäfen führen und diese in bezug auf den Ausund Einfuhrverkehr — einen vorwiegend nordsüdlichen Verkehr — in den Stand setzen, nicht bloß untereinander, sondern in der Versorgung des deutschen Gebietes auch mit den ausländischen Seehäfen in wirksamen Wettbewerb zu treten. Rehder schlägt einen neuen Wasserweg von Hamburg und Lübeck nach dem Mittellandkanal (Nordsüdkanal) vor, der von der Elbe aus in das Ilmenautal über Lüneburg—Uelzen bei Leiferde führen soll. Ferner bringt Rehder eine ganz Mitteldeutschland von der Oder bei Breslau bis zum Main durchschneidende Kanallinie, die er Mitteldeutsche Kanalstraße nennt, in Vorschlag. Er teilt sie in einen östlichen und einen westlichen Zug. Der östliche führt von Halle über Delitzsch zur Elbe bei Belgern, überschreitet diese, durchschneidet dann das Niederlausitzer Braunkohlengebiet, an Elsterwerda und Ruhland vorbei und führt über Weißwasser, Leipa und Liegnitz bis zur Oder bei Breslau. An Stichkanälen werden solche von Hirschfeld über Großenhain nach Dresden und von Stehla an der Elbe über Herzberg, Jüterbog, Luckenwalde vorgeschlagen. Der westliche Teil verläuft von Halle über Schraplau, Allstedt durch das Kaligebiet nach Sangerhausen und von dort mehr südlich durch das Unstrutthal über Eisenach nach der Werra. Durch einen Leine—Werra—Fulda—Main-Kanal nach Gmünden und Hanau soll das bayrische Kanalnetz sowie der Oberrhein oberhalb Mainz mit den Häfen Bremen, Hamburg und Lübeck verbunden werden.

Die Hauptdurchgangsstraßen nennt Rehder „Reichswasserstraßen", die nicht auf Reichskosten gebaut werden sollen, sondern von den durchquerten Bundesstaaten unter Gewährung eines angemessenen zinsenfreien Reichszuschusses. Busemann ist über die Aufbringung der Kosten anderer Ansicht. Er nimmt die Baukosten für die gesamten deutschen Reichswasserstraßen zu 1½ Milliarden Mark an und tritt dafür ein, daß diese Summe das Reich allein trägt. 87 Milliarden seien in den letzten vier Jahren aufgebracht und 150 Milliarden soll der Weltkrieg dem deutschen Volke bis jetzt gekostet haben, bloß um seine Weltmachtstellung zu behaupten. Sollte es da nicht noch 1½ Milliarden aufbringen können, so fragt Busemann, um seine weltwirtschaftliche Stellung in hervorragender Weise zu verbessern? Ungefähr drei Milliarden Mark seien allein von den beiden Hansestädten Hamburg und Bremen aufgebracht worden für Hafen- und Strombauten und für die unstreitigen Dampferlinien, die für Deutschland die Meereswege bis ins fernste Ausland geöffnet und einen hervorragenden Platz in der Weltwirtschaft errungen haben. Da könne auch das Deutsche Reich eine einmalige Rüstungsausgabe von 1½ Milliarden für den wirtschaftlichen Weltkampf des deutschen Volkes aufbringen.

Merseburg. Aenderung in der Milchversorgung. Von Ende Juli an erfolgt die Versorgung der Stadt mit Milch durch die neu eingerichtete Molkerei. Der Tag des Eintritts der neuen Reglung wird noch bekannt gemacht. Mit diesem Tage treten die bisherigen Milchhandelslisten außer Kraft. Dafür werden folgende feste Milchverkaufsstellen eingerichtet: 1. Schwalbe — Burgstraße 14 — nur für Säuglingsmilch und Kinder bis 1 Jahr; 2. Schubert, Burgstraße 16; 3. Rittergut Wengelsdorf, Entenplan 3; 4. Meißner, Große Sixtistraße 10; 5. Naudrich, Gr. Sixtistraße 11; 6. Müller, Annenstraße 38; 7. Hoffmann, Unter-Altenburg 30; 8. Schmidt, Steinstraße 5; 9. Prall, Neumarkt 47 (bei Preußer); 10. Ochse, Neumarkt 27 („Stern). Alle übrigen Milchverkaufsstellen — auch diejenigen der hiesigen Landwirte (Erzeuger) — werden mit Eintritt der Neureglung aufgelöst. Die vollmilchversorgungsberechtigten Kinder und Kranken haben sich am Mittwoch und Donnerstag im alten Rathaus in der Burgstraße 1 bei einer der vorstehend aufgeführten Milchverkaufsstellen zur Kundenliste anzumelden. Alle Vollmilch wird von der Molkerei Merseburg geliefert. Die Milch ist also in allen Stellen die gleiche. Die Zuteilung der Vollmilchberechtigten erfolgt an die ihrer Wohnung am nächsten gelegene Milchverkaufsstelle. Aenderungen sind nur mit Zustimmung des Magistrats zulässig. Kinder bis zu einem Jahr haben Anspruch auf Versorgung aus der Verkaufsstelle für Säuglingsmilch, Burgstraße 14, die von der Molkerei die beste Kuhmilch zugewiesen erhält und in erster Linie beliefert wird. Der Magistrat behält sich vor, zur Reglung des Verkehrs die eingetragenen Kunden nach Bedarf anderen Verkaufsstellen zuzuweisen. Die Lazarette und Krankenanstalten werden nach der Anweisung des Magistrats unmittelbar beliefert. Wegen Versorgung der Stadt mit Magermilch, Buttermilch und Quark erfolgt später besondere Anweisung.

Naumburg. Als wichtig für Kranke teilt der Magistrat folgendes mit: Auf die Anträge auf Bewilligung von Nahrungsmittel-Zusatzkarten, die von den Kranken durch Vermittlung der Herren Aerzte bei der Kartenhauptstelle, Seilergasse 6—10, gestellt werden, werden besondere schriftliche Benachrichtigungen über die Genehmigung oder Ablehnung nicht gegeben. Durch mündliche Nachfrage der Beteiligten einige Tage nach Stellung des Antrages gibt die Kartenhauptstelle Auskunft über die Bewilligung oder Ablehnung der Zusatzkarten und händigt gegebenenfalls bei dieser Gelegenheit gleich die Zusatzkarten aus.

Bitterfeld. Dreiste Diebstähle. In der Nacht vom 14. zum 15. Juli sind aus dem unverschlossenen Stalle eines Grundstückes in der Aeußeren Bismarckstraße eine Ziege und ein Kaninchen gestohlen worden. Der Verbleib hat sich bisher nicht ermitteln lassen. — In der Nacht zum 12. zum 13. Juli ist einem in der Kaiserstraße wohnenden Lehrer aus dem Schlafzimmer eine Brieftasche mit ungefähr 800 Mark Inhalt, 1 Taschenmesser und eine gelblederne Reisetasche, Gesamtwert etwa 500 Mark, gestohlen worden. Die Türe des Schlafzimmers ist unverschlossen gewesen. Der Täter hat die am Bett hängenden Kleidungsstücke des Bestohlenen durchsucht und die genannten Gegenstände zum Teil daraus entnommen. Die bei mehreren Verdächtigen vorgenommenen Durchsuchungen waren erfolglos.

Wittenberg. Ueber die Beerenernte in der Umgegend wird aus Jessen berichtet: Während die Erdbeeren- und Heidelbeerernte in hiesiger Gegend nur geringe Erträge brachte und die Preiselbeeren fast gar keine Früchte angesetzt haben, so kam infolge der reichlichen Regenfälle der überaus reiche Fruchtansatz der Himbeeren zur vollständigen Entwicklung. Wochenlang bildeten die großen Himbeeranlagen der Jessener und Schweinitzer Weinberge das Ziel vieler Hunderte von Frauen und Kinder aus der Wittenberger, Falkenberger und sogar Bitterfelder Gegend. Mit den Frühzügen trafen diese „Beerenhamster" ein, und mit den Abendzügen traten sie dann mit ihren gefüllten Eimern die Heimkehr an. So groß war der Andrang zu den Zügen, daß zu dem gegen 7 Uhr abends nach Wittenberg fahrenden Zuge des öftern gegen 400 Eimer mit Himbeeren gezählt werden konnten. Die große Nachfrage nach den süßen Früchten hatte natürlich auch bald eine rasche Steigerung der Preise zur Folge. Ende Juni kostete das Pfund 70 bis 80 Pf.; in der letzten Woche wurden schon 1.60 bis 1.80 Mark bezahlt. Die Himbeerernte der Jessener und namentlich der Schweinitzer Winzer, die nunmehr ihrem Ende entgegengeht, lieferte so hohe Erträge, daß die Besitzer der großen Himbeeranlagen bei den hohen Preisen der Früchte Kapitalien daraus lösen konnten. — Auch die Johannisbeer- und Stachelbeerernte ist als gut zu bezeichnen. Die Weinernte berechtigt zu den besten Hoffnungen, da die Weinstöcke in allen Sorten gut angesetzt haben. Wenn die Weinstöcke vom lösen Meltau verschont bleiben und eine günstige Witterung eintritt, dann wird der Jessener 1918er einen guten Tropfen liefern.

Sangerhausen. Keine Koloradokäfer. Von amtlicher Seite wird folgendes mitgeteilt: Wiederholt kommen Anfragen von Landwirten und Gemeindebehörden an den hiesigen Kreisausschuß über auf Kartoffelfeldern vorgefundene Käferlarven und Puppen mit der Befürchtung, es möchten die des Koloradokäfers, also des schädlichen Kartoffelkäfers, sein. Zur Beruhigung der Gemüter möge gesagt sein, daß es sich stets nur um die Larven und Puppen des sehr nützlichen Marienkäferchens (Coccinella septempunctata) gehandelt hat. Diese und andere Coccinellen-Larven treten nur dort am meisten auf, wo sich dichte Blattlauskolonien vorfinden, aus denen die hauptsächlichste Nahrung dieser Käferlarven besteht. Als Merkmal möge dienen: die Larven des Koloradokäfers fressen vom Rande aus große Lücken und Löcher in die Kartoffelblätter, während andere dem Kartoffelanbau unschädliche Käferlarven die Blätter höchstens in der Mitte der Blattfläche benagen und kaum durchlöchern.

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1162: Agte, Georg, Ltn. d. R., 22. 6., gefallen. Altenborn, Karl, 24. 2., leicht verwundet, bei der Truppe. Bandermann, Bruno, 5. 9., leicht verwundet. Beyer, Hans, Gefreit., 23. 10., leicht verwundet. Griebsch, Otto, 9. 4., schwer verwundet. Jenette, Ernst, Gefr., 2. 6., leicht verwundet. Kaphammel, Richard, 6. 11., schwer verwundet. Kilian, Willy, 2. 2., leicht verwundet. Schaumburg, Hermann, Gefr., 1. 1., gefallen. Schmiedel, Franz, 13. 7., durch Unfall schwer verletzt. Seika, Paul, 26. 10., vermißt. Seus, Walter, 10. 7., schwer verwundet. Stein, Otto, L. d. R., 11. 7., gestorben an seinen Wunden. Steuer, Friedrich, 29. 7., vermißt. Wilk, Karl, 12. 1., leicht verwundet. Wüstemann, Kurt — 7. 5., schwer verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1163: Achilles, Walter, Obl. d. R., 1. 4., gefallen. Böttcher, Albert, 25. 7., leicht verwundet. Brandstätter, Kurt, 6. 3., leicht verwundet, 8. 4. 17. Koch, Franz, 16. 5., leicht verwundet. Schmidt II, Kurt, 20. 10., gefallen. Teuerkauf, Paul, 31. 3., leicht verwundet. Wernecke, Bruno, 13. 8., gestorben an seinen Wunden. Wiebecke, Fritz, 1. 9., leicht verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1164: Bauer, Otto, Uffz., 6. 5., leicht verwundet. Beckendorf, Karl, 1. 1., gefallen. Blasse, Eduard, Gefr., 23. 4., leicht verwundet. Bobbe, Karl, Gefr., 19. 8., leicht verwundet. Bergte, Karl, 15. 1., schwer verwundet. Dörner, Arthur, 17. 10., leicht verwundet, bei der Truppe. Ebersbach, Kurt, 26. 4., leicht verwundet. Raps, Karl, 25. 7., leicht verwundet. Knödel, Artur, Gefr., 9. 5., schwer verwundet. Müller, Paul, 20. 5., leicht verwundet, bei der Truppe. Niemann, Max, 31. 1., gefallen. Scorno, Paul, 9. 5., leicht verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1165: Barth, Paul, 25. 4., leicht verwundet, bei der Truppe. Blumenthal, Alwin — 1. 9., bisher verwundet gemeldet, gestorben. Corde, Walter — 21. 1., schwer verwundet. Domagala, Andreas, Uffz., 16. 10., gefallen. Eckstein, Kurt, 24. 12. leicht verwundet. Ellrich, Otto, 6. 4., leicht verwundet. Gebler, Friedrich, Gefreiter, 20. 12., verwundet. Hartmann, Hermann, 3. 1., leicht verwundet. Henry, Karl, Gefr. 20. 1., leicht verwundet. Hesse, Kurt, Feldw., 17. 9., verwundet. Hörning, Friedrich, 11. 9., leicht verwundet. Körber, Kurt, 5. 11., gefallen. Krzikalla, Max, Feldw., 19. 11., leicht verwundet. Loze, Hugo, Gefr., 7. 7., verwundet. Ditleben, Hermann, 10. 10., leicht verwundet. Peters, Hilmar, Vizewachmstr., 26. 2., leicht verwundet. Pfeiffer, Paul, 30. 3., leicht verwundet. Pforte, Arthur, 26. 9., gefallen. Radik, Artur, 13. 7., gefallen. Radicke, Hermann, 7. 9., bisher vermißt, in Gefangenschaft. Röpke, Richard, 5. 6., schwer verwundet. Rost, Oswald, 4. 10., leicht verwundet. Sachs, Edgar, Vizewachtm., 30. 7., leicht verwundet, bei der Truppe. Rudolph, Max, Sanit.-Uffz., 10. 9., leicht verwundet, bei der Truppe. Schmidt, Wilhelm, 25. 7., vermißt. Schneider, Adolf, 18. 10., leicht verwundet. Schorch, Karl, 13. 6., schwer verwundet. Schumann, Otto, 21. 6., leicht verwundet. Stolzmann, Friedrich, 3. 4., leicht verwundet. Thiem, Richard, Gefr., 4. 11., bisher vermißt, in Gefangenschaft.

Württembergische Verlustliste Nr. 651: Reiher, Georg, Gefr., 18. 12., gefallen.

Sächsische Verlustliste Nr. 515: Schilde, Kurt, 22. 11., leicht verwundet. Simon, Kurt, Uffz., 15. 4., leicht verwundet.

Kaiserliche Marine (Verlustliste Nr. 152): Lapann, Gustav, Gefr., infolge Verwundung gestorben 28. 3. 18.

Berichtigungen zur Verlustliste 146: Nr. 146 Herbst, Artur, Seef. d. Landst., nicht vermißt, sondern infolge Verwundung gestorben 20. 3. 1918 im Feldlazarett 390. Nr. 146. Laue, Max, 7. Masch. Mt., bisher vermißt, tot.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. Der Verlag der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180718-11/fragment/page=0006